

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

40. Sitzung
26. Juni 2014

Beginn: 13.03 Uhr
Schluss: 16.16 Uhr
Vorsitz: Renate Harant (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugendministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Renate Harant: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | |
|---|---|
| a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0798
Jugenderwerbslosigkeit bekämpfen – Fachkräfte
sichern I: Einrichtung einer Jugendberufsagentur in
Berlin | 0101
BildJugFam(f)
ArbIntFrau*
Haupt |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Abbau der Jugenderwerbslosigkeit in Berlin –
Einrichtung einer Jugendberufsagentur
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0114
BildJugFam |

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0184](#)
Konzept des Senats für die Einrichtung von
Jugendberufsagenturen in Berlin
(auf Antrag der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- d) Antrag der Fraktion Die Linke [0230](#)
Drucksache 17/1724 BildJugFam(f)
Jeder und jedem eine Chance für Ausbildung und
Beruf: Wenn Jugendberufsagentur, dann richtig! ArbIntFrau
Vorabüberweisung Haupt

Zu diesen Tagesordnungspunkten findet eine Anhörung statt. Selbstverständlich wird ein Wortprotokoll angefertigt. Ich begrüße jetzt die Anzuhörenden, zum einen Herrn Rahmig von der Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin, Herrn Dr. Pahl, Geschäftsführer des Bereichs Aus- und Weiterbildung der Industrie- und Handelskammer Berlin, Frau Schwarz, Fachbereichsleiterin Ausbildungsmarkt, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, und Herrn Nowack, Arbeit und Bildung e. V. Gleichzeitig begrüße ich Herrn Bezirksstadtrat Klemm, Leitung der Abteilung Jugend und öffentliche Ordnung des Bezirksamtes Treptow-Köpenick, und Herrn Jarkow von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Er ist zuständig für Grundsatzfragen und regionale Fragen der Berufsausbildung.

Zu Top 2a liegt die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Integration, berufliche Bildung und Frauen von 5. September vor. Da wir aber alle Tagesordnungspunkte sowieso vertagen werden, wie wir es immer bei einer Anhörung machen, möchte ich das jetzt abkürzen und nicht zu jedem Tagesordnungspunkt die Situation darlegen. Ich bitte alle Anzuhörenden, sich relativ knapp zu fassen und uns trotzdem das Wesentliche mitzuteilen, und vor allem meine Kolleginnen und Kollegen nachzufragen, aber keine Statements abzugeben, damit wir wirklich die Zeit nutzen können.

Zur Begründung des Tagesordnungspunktes 2a und 2b – Bündnis 90/Die Grünen, bitte schön!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Zur Begründung muss ich gerade allen Anzuhörenden nicht viel sagen. Die Mission treibt uns um, dass wir es mit den Jugendlichen besser machen. Ich freue mich sehr, dass wir das heute auf der Tagesordnung haben und bin sehr gespannt auf Ihre Ausführungen.

Vorsitzende Renate Harant: Dann frage ich die Linke nach der Begründung des Tagesordnungspunktes 2c und 2d. – Frau Möller!

Katrin Möller (LINKE): Ich mache es in Anbetracht der sechs Anzuhörenden, auf deren Auskünfte wir sehr neugierig sind, auch kurz. Wir hoffen, heute bei der Klärung der offenen Fragen, insbesondere der Finanzierung und wie die Jugendberufsagentur eigentlich aussehen soll, weil uns in verschiedenen Gremien sehr unterschiedliche Modelle und Konzepte vorgestellt wurden, etwas weiterzukommen. Ich freue mich auf die Anhörung. Danke, dass Sie alle da sind!

Vorsitzende Renate Harant: Schön! Dann können wir gleich in die Statements der Experten eintreten. Wir verfahren in der Reihenfolge, wie ich sie gerade vorgelesen habe, und ich bitte damit Herrn Rahmig als Ersten!

Ronald Rahmig (Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin): Schönen guten Tag! – Wir stützen uns auf die uns bekannten Berichte, einmal auf den Bericht der AG Jugendberufsagentur, und den uns bekannten Teil der Berufs- und Studienorientierung, die beiden Anträge der Fraktionen und die Berliner Erklärung und haben versucht, aus unserer Perspektive, aus der Perspektive der Schulleitungen, zu überlegen, was dabei hilft, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Da sind ein paar Aspekte der Problemanalyse, bei denen ich davon ausgehe, dass viele hier konsensfähig sind und geteilt werden. Trotzdem würde ich noch mal kurz darauf eingehen wollen.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen fehlender Ausbildung und Arbeitslosigkeit. Ich denke, das wird unbestritten sein. Die berufliche Bildung gilt in diesem Land immer noch als zweitbeste Chance gegenüber einer akademischen Laufbahn. Das merkt man an den Presseveröffentlichungen, das hört man bei den Eltern, und ich denke, das dürfte auch akzeptiert sein. Dafür gibt es Gründe, einmal, dass die Lebens- und Einkommensperspektiven bei Akademikern immer noch sehr viel besser sind als bei Menschen, die über eine Ausbildung gekommen sind. Das heißt, eine berufliche Ausbildung ist im Vergleich zu den anderen Aspekten für Jugendliche oft nicht attraktiv. Wir hören auch in den Beratungsgesprächen mit den Jugendlichen immer wieder, dass die sagen: Warum soll ich hier für 400 Euro im Moment eine Ausbildung machen. Da gehe ich erst mal noch länger zu Schule, dann studiere ich ein bisschen, und gucken wir mal, was dann kommt, was sich mir noch bietet. – Das ist zum Teil auch dem geschuldet, dass wir immer noch auf sehr viele schlecht informierte oder nicht orientierte Jugendliche treffen. Wenn ich gucke, wie bei mir in der Schule die Anmeldesituation läuft, wenn ich Kollegen frage, dann stellen wir fest, dass die Schulabgänger, die kommen, oft überhaupt keinen richtigen Plan haben. Es geht nicht darum, auf die Berufsorientierung in den ISS zu schimpfen, sondern das hat ganz viel mit anderen Strukturen zu tun, unter anderem damit, dass die Jugendlichen nach wie vor oft keine Role Models haben. Die kennen schlichtweg niemanden mehr, der mit einer normalen Ausbildung, einer Berufstätigkeit ein erfülltes Leben führt. Das gibt es in vielen Bereichen anscheinend nicht mehr. Und wir stellen fest, dass die für die Ausbildungsaufnahme relevanten Kriterien wie zum Beispiel die Ausprägung bestimmter Soft Skills oft nicht vorhanden ist. Es geht weniger darum, dass eine Fachkompetenz nicht da ist. Ja, das können sie auch nicht, aber das ist nicht schlimm, das kann man relativ schnell lernen. Der Grund ist, dass die Grundeinstellung, so etwas wie Verantwortungsbewusstsein, Belastbarkeit, Frustrationstoleranz und ähnliche Sachen eben nicht ausgeprägt sind, weil sie offensichtlich in der Vergangenheit nicht genügend gefordert wurden und bei den bisherigen Bewertungen kaum eine Rolle gespielt haben. Das versuchen wir zum Beispiel in den Bereichen der Ausbildungsqualifizierung nachzuholen, wofür die Zeit einfach zu knapp ist.

Die Folgerung ist: Die Vorbereitung auf eine Ausbildung muss unserer Meinung sehr viel gezielter erfolgen. In den ISS 2 Stunden WAT-Unterricht reichen definitiv nicht aus, und ein Praktikum beim Bäcker oder so gibt eben auch nur ein sehr eingeschränktes Bild von Berufstätigkeit. Es muss eine ressourcenunterlegte Koordinierung von WAT, dualem Lernen, Praktika und allem geben, und vor allem müssen diese Maßnahmen aufeinander abgestimmt sein. Es muss eine klare Betreuungslinie sein. Das heißt, für den Jugendlichen muss erkennbar

sein: Hier werde ich betreut, und es gibt nicht immer einen wechselnden Betreuer. Der nächste erzählt mir wieder was anderes, der übernächste wieder was anderes, und wenn ich Glück habe, widersprechen sie sich nicht mal. – Es muss ganz klar sein, wie die Richtung läuft. Es muss auch eine personelle Kontinuität geben. Die Jugendlichen, auf die wir treffen, die wir sehen, und das sind meistens die mit den Special Needs, haben unter anderem auch das Bedürfnis, eine klare Ansprechperson zu haben. Die kann man nicht einfach von einer Stelle zur nächsten schicken. Die kommen nach der dritten Stelle nicht mehr an, das wissen wir.

Was bedeutet das? – Unsere Folgerungen daraus: In der gesamten Laufbahn muss ein Umdenken erfolgen, und zwar in den Schulen, bei den Eltern und bei den Jugendlichen weg von der Abschlussorientierung – ich mache meinen MSA – hin zu einer Anschlussorientierung, nämlich: Ich will einen Beruf haben, mit dem ich meine Familien ernähren kann, mit dem ich selbst einigermaßen zufrieden bin und der mich zumindest eine Weile trägt. – Das heißt, es muss deutlich werden, dass ein Schulabschluss eben nicht ein Abschluss ist, sondern lediglich ein Meilenstein auf dem Weg hin zu einer Berufstätigkeit, und es muss klar sein, dass diese Berufstätigkeit auch eine gesellschaftlich akzeptierte Variante des Lebens ist und nicht nur der Akademiker der vollwertige Bürger und Mensch. Dazu gehört eine Organisation, die genau diese Klammer zwischen allgemeinbildender Schule und Ausbildung/Beruf bildet und diesen Übergang begleitet, vor allen Dingen auch koordiniert und gestaltet. Da sind wir schon bei der Jugendberufsagentur, eine Organisation mit möglichst wenig Menschen für die Jugendlichen, die das schafft. Es muss klar sein, dass die Jugendlichen nur eine Anlaufstelle haben. Wir machen immer wieder die Erfahrung, in dem Augenblick, wo man sagt: Geh mal dahin, geh mal dahin –, dass sie das nicht können. Wenn sie das könnten, wären sie auf dem Gymnasium, dann wären sie beim Studium. Alle Beteiligten müssen in die Verantwortung genommen werden. Wir stellen fest, dass es total schwierig ist, auch für uns, wenn wir zum Beispiel versuchen, Ausbildungsplätze, aber auch Praktikumsplätze zu vermitteln, die Vielzahl der Ansprechpartner dazu führt, dass es sehr leicht ist, die eigene Verantwortung und die eigene Mühe dadurch zu beenden, dass man sagt: Dafür ist ein anderer zuständig. Darum muss sich ein anderer kümmern. – Das Wort Zuständigkeit ist in unseren Augen nicht hilfreich. Vor allen Dingen aber muss deutlich werden, dass die Betriebe ein angemessenes und ansprechendes Angebot bereitstellen, sowohl an Praktikumsplätzen als auch an Ausbildungsplätzen. Zu den Zahlen wird Herr Pahl möglicherweise etwas sagen, darauf will ich nicht zu sehr eingehen. Aber das ist eine ganz klare Voraussetzung.

Diese Organisation, die die Klammer bilden soll, die den Übergang gestalten soll, muss natürlich mit Ressourcen und Vollmachten ausgestattet sein. Nur auf Freiwilligkeit allein, das ist unsere Erfahrung, kann man da nicht setzen. Die Angebote für Jugendliche müssen attraktiv sein. Die Wahlfreiheit für den Beruf darf nicht aufgeweicht werden. Es macht keinen Sinn, dem jungen Menschen, der sagt: Ich möchte gern Tischler werden –, einen Ausbildungsplatz als Küchenhilfe anzubieten. Das bringt es nicht. Dann müssen wir uns nicht über die exorbitant hohen Abbruchquoten und die Verweigerungshaltung mancher Jugendlichen wundern. Studenten oder Studierenden mutet man das ja auch nicht zu. Die können abgesehen vom Numerus clausus auch jedes Fach studieren, das sie wollen, wenn es denn von den Leistungen her reicht. Da wird auch nicht gefragt, was der Markt braucht und ob wir so viele Wirtschaftsingenieure oder alles Mögliche brauchen. Die können erst mal darauf studieren, weil nämlich ganz offensichtlich sowohl das Studium als aber auch die Ausbildung eine Basisqualifizierung darstellt, die wir für extrem wichtig halten und die auch über die rein fachliche Qualifikation hinausreicht. Das heißt, wer eine Ausbildung erfolgreich absolviert hat, der hat ein

Maß an Kompetenzen angesammelt, das ihn später flexibler macht, sich möglicherweise auch in andere Richtungen zu orientieren, dann gegebenenfalls auch dem Markt zu folgen und zu gucken: Wo ist meine Nische, in der ich glücklich werden kann? – Der Unterschied zwischen dualer und vollschulischer Ausbildung spielt da meiner Ansicht nach nur eine geringe Rolle. Wichtiger ist, dass tatsächlich den Jugendlichen ein passender Ausbildungsplatz angeboten wird, und wenn zurzeit aktuell der Bedarf möglicherweise bei den Betrieben nicht so ist, dann sehen wir kein Problem darin zu sagen: Na gut! Dann wird eben eine vollschulische Ausbildung aufgelegt und angeboten, weil damit trotzdem immer noch etwas erreicht wird, nämlich diese Basisqualifizierung. – Wir meinen, dass nach den uns vorliegenden Informationen die Jugendberufsagentur unter den genannten Bedingungen tatsächlich eine sinnvolle Organisation sein kann, eine deutliche Verbesserung der Situation der jungen Menschen und damit auch der Gesellschaft, von der ich ja auch lebe, darstellen und aufs Gleis bringen kann. – Danke!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Rahmig! – Ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Rahmig auch etwas Schriftliches vorgelegt hat, das Ihnen auch als Tischvorlage verteilt worden ist, wo die Thesen noch mal zusammengefasst sind, und auch Herr Nowack hat uns das schriftlich zukommen lassen, was sicherlich auch hilfreich ist, wenn man die Anhörung auswertet. – Dann bitte ich Herrn Dr. Pahl!

Dr. Thilo Pahl (IHK Berlin): Vielen Dank! – Auch von mir einen schönen guten Tag in die Runde! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, aus Sicht der IHK zu dem Projekt Jugendberufsagentur etwas zu sagen! Um es kurz zu machen: Wir begrüßen diesen Schritt außerordentlich und unterstützen ihn auch. Die Jugendberufsagentur ist die richtige Reform zu richtigen Zeit.

Lassen Sie mich zwei, drei Sätze zur Ausgangslage sagen, wie wir als Wirtschaft das sehen. Der Ausbildungsmarkt hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Wir haben seit 2005 einen Rückgang bei den Schulabgängerzahlen um rund 20 Prozent. Im Bereich der Jugendlichen, die nicht studienberechtigt sind, ist der Rückgang sogar noch größer, also bei der Hauptklientel für die duale Ausbildung, und die Bewerberzahlen – das wird Frau Schwarz sicherlich bestätigen können – sind sogar noch stärker zurückgegangen. Da spielt der Aspekt mit rein, den Herr Rahmig schon genannt hat: die Akademisierung. – Viele entscheiden sich für eine längere schulische Laufbahn und damit für eine Orientierung auf ein Studium. So haben wir in Berlin die Situation, dass wir viele unbesetzte Plätze und noch junge Menschen haben, die den Weg in die Ausbildung nicht gefunden haben. Von daher halten wir den Weg der Jugendberufsagentur für den richtigen, nämlich, das ist der Schlüsselsatz: Die finden den Weg nicht zu uns. Daran müssen wir ansetzen, sowohl in der Schule bei der Berufsorientierung als auch durch eine gezielte Beratung, dass sie den Weg hin zu einer dualen Ausbildung besser finden.

Vielleicht noch einen Satz, weil er schon mal kurz in einem Nebensatz angesprochen wurde, zur Ausbildungsbetriebsquote. Dazu nur eine Aussage: 50 Prozent aller Ausbildungsbetriebe in Berlin haben nur einen Azubi, und wenn Sie dann die demografische Entwicklung, die ich eben beschrieben habe, anschauen, ist es nicht verwunderlich, wenn jeder zweite Betrieb mal keinen Auszubildenden findet, und wenn er nur einen einzigen hat, dann fällt er schnell als Ausbildungsbetrieb aus. Das wirkt sich natürlich negativ auf die Ausbildungsbetriebsquote aus.

Abrundend vielleicht drei Reformschritte, die ich aus Sicht der Wirtschaft, aus Sicht der IHK, hier anbringen möchte. Die Jugendberufsagentur sollte man für eine weitreichende Reformagenda nutzen, vor allem mit dem Ziel, die duale Ausbildung zu stärken, attraktiver zu machen. Deswegen wäre der erste Schritt, die Mindeststandards, die gerade im Rahmen des Landeskonzepthes Berufs- und Studienorientierung vereinbart werden, verbindlich für die Schulen zu machen. Wir brauchen hier dringend eine Berufs- und Studienorientierung in den Schulen, die unabhängig ist vom persönlichen Engagement einzelner Lehrer, des Schulleiters, sondern in der klar festgeschrieben wird, was in den einzelnen Jahrgangsklassen erreicht und getan werden soll. Aus unserer Sicht kann die größte Verbindlichkeit erreicht werden, wenn man feste Ansprechpartner, Koordinatoren in den allgemeinbildenden Schulen installiert.

Der zweite Reformschritt ist, den Maßnahmenschungel im Übergangsbereich zu lichten und zu bereinigen. Hier hat Hamburg es vorgemacht. Das ist ja hier ein Fachgremium. Sie kennen alle diese berühmte Tapete, wo der Weg zur dualen Ausbildung kaum zu finden ist. In Hamburg hat man zwei Hauptmaßnahmen gemacht, einmal die duale Ausbildungsvorbereitung und dann die Berufsqualifizierung. Wir halten es für den richtigen Weg, erst im Übergangssystem Klarheit zu schaffen mit klaren Anschlussperspektiven. Daran muss unbedingt auch angesetzt werden. Es reicht nicht allein, die Jugendberufsagentur anzufassen, sondern ebenfalls die Angebote im Übergangssystem.

Dritter Reformschritt: Die Oberstufenreform endlich durchführen. Das ist schon lange im Gespräch. Leider geht es zumindest in letzter Zeit damit nicht mehr weiter. Und wenn wir schon über das Übergangssystem gesprochen haben – Herr Rahmig hat es auch gesagt –: Viele Angebote im Übergangssystem werden von den Oberstufenzentren bereitgehalten. Daher muss diese Oberstufenreform auch im Zusammenhang mit der Jugendberufsagentur gesehen werden. Wir haben die Zahlen: 14 000 junge Menschen sind in vollzeitschulischen Ausbildungen, noch mal 5 000 kommen hinzu, die in schulischen Berufsvorbereitungen sind. Das sind die Jugendlichen, die wir noch für eine duale Ausbildung ansprechen können, sodass wir sie direkt in einen bestmöglichen Karriereweg einbinden können. Auch das, wir sprechen ja häufig miteinander, meine ich wirklich mit Blick auf die Stärkung unseres dualen Partners in der Ausbildung, also der Oberstufenzentren.

Fazit: Aus unserer Sicht ist die Jugendberufsagentur das wichtigste bildungspolitische Reformprojekt. Man sollte den Schwung nutzen, um die anderen drei von mir angesprochenen Themen ebenfalls mit anzupacken, und wenn man nach Hamburg schaut: Dort ist das auch immer im Konsens aller Fraktionen gelungen. – Das ist doch ein schönes Vorbild. – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank, Dr. Pahl! Das war zeitlich hervorragend! Knapp und klar. – Frau Schwarz hat jetzt das Wort. – Bitte schön!

Cornelia Schwarz (Bundesagentur für Arbeit): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich freue mich, dass wir heute hier am 26. Juni sagen können, dass wir dieses gemeinsame Vorhaben des Landes Berlin mit der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, jetzt mit der Unterzeichnung der Projektvereinbarung zur Jugendberufsagentur Berlin auf den Weg gebracht haben. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe im Herbst 2012 von meiner Geschäftsführung den Auftrag bekommen, mal zu überlegen, wie so etwas hier in Berlin aussehen könnte. Wie könnte so eine Jugendberufsagentur

Berlin konzeptionell strukturiert sein? Mit Blick darauf, was für ein großes Rad man drehen muss, wenn man in die Einzelfragen geht, habe ich mir ehrlich gesagt damals nicht vorstellen können, dass wir heute hier sitzen und das Ganze wirklich jetzt auf den Weg bringen. Damit möchte ich den Dank an alle Beteiligten verbinden, alle, die bislang in den Agenturen, in den Jobcenter, aber insbesondere auch in den Bezirken, wo das sicherlich viel Kraft gekostet hat, bis hierher zu kommen, das mit uns gemeinsam zu machen. Das ist der Dank, den ich an der Stelle auf jeden Fall ausdrücken möchte.

Wir haben für das Konstrukt der Jugendberufsagentur Berlin mit den regionalen Standorten in den Bezirken kein bundesweites Vorbild. Das muss man auch immer noch mal sagen. Wir haben diese Struktur von drei Agenturbezirken in einer Stadt mit zwölf Jobcentern, die im Grunde genommen gemeinsam von der BA und den Bezirken getragen werden, wir haben diese Struktur von Zuständigkeit – Schule, Jugendhilfe – zwischen Land und Bezirken nirgendwo in dieser Bundesrepublik. Das heißt, wir betreten hier Neuland. Das hat die Landesarbeitsgruppe damals zum Abschlussbericht schon festgestellt. Das ist also tatsächlich eine neue Struktur, die wir aufbauen. Man kann sich natürlich an viele Dinge anlehnen, die es zum Beispiel in Hamburg gibt. Unser Bestreben, den Bereich der Schule mit einzubeziehen, ist bundesweit nicht überall der Fall. Deshalb hatten wir damals gesagt, wir wollen unbedingt das Modell Hamburg einbeziehen, weil wir auch Jugendberufsagenturen in anderen Städten haben – Düsseldorf, Mainz –, die diese Verbindung so nicht hergestellt haben. So, wie es die Vorredner schon dargestellt haben, ist es aber eklatant wichtig, dass wir genau an der Stelle Landkonzept, Berufs- und Studienorientierung, aber insgesamt auch das Übergangssystem mit dieser Jugendberufsagentur verbinden, weil sie ja nicht im freien Raum schwebt. Genauso das, was Herr Dr. Pahl schon angesprochen hat: Wie sieht die Wirtschaftssituation aus? – Wir können noch so gute Dienstleistungen unter einem Dach für die Jugendlichen anbieten, wenn wir ihnen letztendlich keine Ausbildungsplätze anbieten können oder auch nur wieder Warteschleifen im Übergangssystem, dann macht das Ganze auch weniger Sinn. Das heißt, wir wollen versuchen, das hier einzubinden. Wichtig ist sicherlich, dass man diese unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, von denen ich vorhin gesprochen haben, sowohl in der Projektphase, in der wir uns jetzt befinden, in den Gremien, die wir dafür eingerichtet haben, wie Lenkungsgruppe, Projektgruppe, wiederfinden, also dass dort auch alle beteiligt sind und auch nachher der Frage des Regelbetriebs – wie steuern wir dann diese Jugendberufsagentur mit den regionalen Standorten? – das bedingt, dass wir sehen müssen, dass wir wirklich alle beteiligen, die hier Verantwortung tragen und die auch mittun können.

Warum wollen wir dieses große Rad drehen? – Meine Vorredner haben das auch schon gesagt, und deshalb nur noch mal aus unserer Sicht die Erinnerung daran, dass wir sowohl im U20- als auch U25-Bereich mit weitem Abstand die höchste Arbeitslosenquote bundesweit aufweisen. Wir haben uns schon verbessern können. Wir haben gerade im U25-Bereich schon Erfolge erreichen können, aber wir haben im U20-Bereich weiterhin Jugendliche in der Anzahl von 3 500 Jugendlichen im Jahresdurchschnitt, die arbeitslos sind, die also nicht in irgendeiner Schule, in irgendeiner Maßnahme sind. Sie sind arbeitslos, und damit ist für uns ein großer Handlungsbedarf zu sehen.

Das Einstiegsalter in die duale Ausbildung liegt in Berlin bei 21,2 Jahren. Wir haben bundesweit einen Durchschnitt von 20 Jahren, in Bayern von 18 Jahren. Man fragt sich schon, was eigentlich passiert, wenn Jugendliche mit 15, 16 aus der Schule kommen, bis sie 21 sind, bis sie also im Durchschnitt bei uns hier in Berlin in eine duale Ausbildung einmünden, und das

treibt uns um. Auch da haben wir gesagt, dass es an der Stelle wichtig ist, eine Struktur zu schaffen, die hier eine Verbesserung hervorbringen kann. Wir haben deshalb auch vor, in den Gremien nachher die Wirtschaft mit in der Frage einzubeziehen, wie es uns auch durch die Struktur Jugendberufsagentur und durch den Landesbeirat, dessen Idee wir jetzt verfolgen, gelingen kann, die Ausbildungsbetriebsquote – Herr Dr. Pahl hat es angesprochen – zu erhöhen. Wir haben auch hier leider den negativen Spitzenplatz im Vergleich zu anderen Bundesländern. Dafür gibt es Gründe, die Herr Dr. Pahl zum Teil genannt hat, aber auch an der Stelle sehen wir die Notwendigkeit, durch die Jugendberufsagentur Berlin hier Veränderungen herbeizuführen.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir mit der Idee, dass wir eine Landeskoooperationsvereinbarung und daneben dann regionale Kooperationsvereinbarungen haben, genau zwei Punkte sichern. Erstens, wir sichern, dass es landesweite Standards gibt, die dann berlinweit für die regionalen Anlaufstellen gelten, also für die Frage der Zielgruppe, aber auch für die Frage, welche Leistungen dort eigentlich erbracht werden, welche Beratungsunterstützungsleistung die Jugendlichen in diesen regionalen Anlaufstellen erwarten können. Es ist uns sehr wichtig, dass das landesweit einheitlich ist, weil wir wissen, dass Jugendliche mobil sind. Sie wohnen in einem anderen Bezirk, als sie zur Schule gehen und möglicherweise dann eine Ausbildung aufnehmen. Es ist uns wichtig, dass die Ansprechpartner, die diese Jugendlichen haben, nicht gucken müssen, wo der wohnt, um dann zu sagen: Aha, in Treptow-Köpenick, in Spandau oder in Charlottenburg-Wilmersdorf ist es so in der Anlaufstelle, dort erhält er die Leistungen –, sondern dass er sagen kann: Egal, in welche Anlaufstelle du gehst, egal, wo du wohnst, du erhältst dort dieses Gesamtkonstrukt und Hilfe aus einer Hand.

Ich denke, mit diesen regionalen Kooperationsvereinbarungen ist es dann aber auch möglich, das, was viele bislang in den Prozess eingebracht haben, auch aus Sicht der Bezirke, diese regionalen Besonderheiten mit einzubringen. Das ist uns auch wichtig, und deshalb haben wir gesagt: Die Landeskoooperationsvereinbarung wird Mindeststandards regeln, aber sie wird nicht darüber hinausgehen. Sie wird an einer Stelle sagen: Hier regeln das die Partner vor Ort, das heißt, die Agenturen, die Jobcenter, die Bezirke miteinander, welche regionalen Besonderheiten, insbesondere, wie man die Dinge, die schon in der Jugendhilfe, in Jugendberatungsstrukturen gut laufen, mit einbeziehen kann. Das kann man nicht landesweit so gut regeln, deshalb die Idee der regionalen Kooperationsvereinbarung.

Angesprochen wurde schon das Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung. Genau da müssen wir noch die Verknüpfung schaffen. Ich halte es für sehr wichtig, dass die JBA nicht der Reparaturbetrieb ist, wenn die Jugendlichen die Schule verlassen haben. Sie muss vorher mit reinwirken. Wir sind gerade dabei – Herr Dr. Pahl hat es schon erwähnt –, dieses Landeskonzept jetzt fertigzustricken, und es wird Ansätze geben, wo wir zum Beispiel mit gemeinsamen Beratungsteams in die Klassen gehen und dann aber darauf aufbauen müssen, was vorher an Berufsorientierung gelaufen ist und wie man die Jugendlichen weiter beraten kann.

Vorsitzende Renate Harant: Wenn Sie dann zum Ende kommen würden.

Cornelia Schwarz (Bundesagentur für Arbeit): Einen Satz noch: Wichtig ist, dass die Bezirke auch wollen können. Das ist uns ganz wichtig. Deshalb halten wir es für sehr gut, dass zum Abschluss der ersten Phase der Projektorganisation im Grunde genommen festgestellt wird, welche Bedarfe notwendig sind, und dann das Abgeordnetenhaus einen Beschluss dazu fasst,

wie diese Bedarfe gedeckt werden können, die man aus diesem Bericht ablesen kann, denn wir sehen es auch so, dass wir ohne eine genügende Ressourcenausstattung aller beteiligten Partner dieses Konstrukt nicht zum Erfolg bringen können. – Danke!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Schwarz! – Jetzt hat Herr Nowack das Wort.

Stefan Nowack (Arbeit und Bildung e. V.): Vielen Dank! – Guten Tag, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Den Hintergrund meiner Expertise können Sie gern lesen. Ich werde jetzt nicht vorlesen, wie ich mit diesem Handlungsfeld in Verbindung stehe. Ich befinde mich seit 35 Jahren im Handlungsfeld und rede aus der Sicht eines Praktikers. Ich leite heute das Projekt „Kumulus“, bin aber nicht nur leitend, sondern auch praktizierend tätig. Das heißt, ich bin auch als Berater in Schulen unterwegs, die wir durch das Projekt auch begleiten. Das mache seit 1979. Ich war 13 Jahre Berufsberater bei der damaligen Bundesanstalt für Arbeit, der heutigen Bundesagentur, und habe dann aus Gründen des Klimawechsels, nicht aus Gründen der Frustration am Handlungsfeld, einfach mal die Seiten gewechselt. In den Achtzigerjahren, ab etwa 1982, bezog sich die Zusammenarbeit zwischen den bezirklichen Jugendämtern und der Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit damals auf die Abstimmung individueller Eignungs- und Förderkriterien und auf Fragen der Subsidiarität der Gesetze. Da ging es um Einzelfragen an die Jugendlichen. Durch diese Zusammenarbeit entstanden schon in diesem Zeitraum aufgrund vergleichbarer Zielgruppen Ideen zur engeren Verknüpfung und Abstimmung zwischen den Maßnahmen des damaligen Arbeitsförderungsgesetzes, heute SGB III, und des Jugendwohlfahrtsgesetzes, ab 1991 SGB VIII, also KJHG, bis heute jedoch ohne nachhaltige Konsequenzen. In den Hochzeiten der Programmaktivitäten verfügten die Programme der Bundesagentur in Berlin über 3 500 außerbetriebliche Ausbildungsplätze und in etwa gleicher Größenordnung im Bereich der Berufsvorbereitung. Diese Programme waren detailliert beschrieben und verfügten über umfangreiche konzeptionelle Grundlagen. Die Anzahl der durch die Jugendberufshilfe angebotenen Plätze der sozialpädagogisch begleiteten außerbetrieblichen Ausbildung mit meist integrierter Berufsvorbereitung lagen nach meiner Erinnerung berlinweit bei ca. 1 300. Hier fehlten jedoch berlinweit einheitlich geltende Programmstrukturen und ebenso konzeptionelle Grundlagen. Nach Übergang der haushalterischen Zuständigkeit für die Jugendberufshilfe auf die Bezirke Mitte der Neunzigerjahre gab es ausschließlich bezirklich vereinbarte Programme und Konzeptionen. Eine bezirksübergreifende Abstimmung von Programmen und Zielsetzungen der Jugendberufshilfen fand nicht statt. Darüber hinaus gab es eine Reihe gesetzlich geregelter Sollbuchstellen wie beispielsweise das Verbot der Berufsberatung außerhalb der Bundesanstalt für Arbeit, das erst durch die Reform des SGB III 1998 aufgehoben wurde, was zur Folge hatte, dass in den Jugendämtern die Kompetenz der beruflichen Beratung trotz mehrfach formulierter Bedarfe nicht gefördert wurde. Eine abgestimmte Korrespondenz zwischen den Förderprogrammen SGB II, III und VIII ist bis heute nicht gelungen. Eher hat in den vergangenen Jahren eine Versoldung durch die verstärkte Rechtskreistrengung stattgefunden. Ein wesentliches Merkmal ist hierbei auch die bisher fehlende Abstimmung zwischen den Interessen der auf Bundesebene handelnden Bundesagentur für Arbeit und der regional agierenden Senatsverwaltung für Bildung und den Bezirksverwaltungen mit ihren Jugendämtern und natürlich auch den Kammern. Da verändert sich etwas, das haben Sie eben zum Ausdruck gebracht, aber das ist doch der sehr aktive Sachverhalt im Augenblick. Auch die nunmehr seit neun Jahren aktiven Strukturen nach dem SGB II sind in einem übergreifenden Abstimmungsprozess nicht involviert. Hier mangelt es darüber hinaus an der guten inhaltlichen Abstimmung zwischen der Berufsberatung der Bundesagentur und dem Fachpersonal der Jobcenter der Bereiche

U25. Es geht also im Wesentlichen um die Überwindung von Einzelinteressen der beteiligten Institutionen und deren Zusammenführung hin zu einer gemeinsamen Zielsetzung. Jugendberufsagenturen, die bezirklichen Interessen folgen, machen zur Erreichung der Zielsetzung von Jugendberufsagenturen keinen Sinn. Hier bedarf es einer permanenten berlinweiten Abstimmung der Programme verbunden mit einer Zentralkoordination. Jugendberufsagenturen bieten die Möglichkeit, die Kräfte zu bündeln und das Nebeneinander von Fördersystemen zu beenden. Die Kernfrage wird sein, ob es gelingt, gemeinsame Fallverantwortung am Übergang zu entwickeln, die Handlungsfelder und Ressourcen der Beteiligten klug und wirksam aufeinander abzustimmen und Querschnittskompetenzen der Akteure zu entwickeln, damit Unterstützung, Bildungsangebote und Steuerung passgenau gegeben werden können. Wichtig ist hier meines Erachtens auch, dass es gelingt, durch eine gute und mit den Kulturen vertraute Moderation das durch die beteiligten Institutionen bereitgestellte Personal zueinanderzuführen und dieses zu befähigen, gemeinsam den umfangreichen Zielsetzungen gerecht zu werden. Das heißt, dass die unterschiedlichen Kulturen der Beteiligten beispielsweise im Bereich der Standards aufeinander abgestimmt werden, damit das Fachpersonal unabhängig von der institutionellen Herkunft in der Lage ist, auf Augenhöhe zu handeln.

Vorsitzende Renate Harant: Herr Nowack! Darf ich kurz unterbrechen. Sie haben uns das alles wunderbar schriftlich vorgelegt. Vielleicht können Sie es ein bisschen zusammenfassen, damit wir keine Zeitprobleme bekommen.

Stefan Nowack (Arbeit und Bildung e. V.): Ich fasse zusammen und ziehe jetzt mal schnell ein Fazit. Eine verknüpfende Abstimmung zwischen den Förderwegen und -maßnahmen findet bis heute nicht statt. Es geht also im Wesentlichen um die Überwindung von Einzelinteressen der beteiligten Institutionen und deren Zusammenführung hin zu einer gemeinsamen Zielsetzung. Es gilt, eine gemeinsame Fallverantwortung am Übergang zu entwickeln, wie ich schon sagte.

Verehrte Abgeordnete! Um das Gelingen von Jugendberufsagenturen zu ermöglichen und somit die Integrationsstrategien für Jugendliche in Bildung, Beruf und Erwerbstätigkeit auf eine solide Grundlage zu stellen, bedarf es einer soliden Übereinstimmung, großen Einigkeit in Ihrem Haus und guter Planung auch mit dem gemeinsamen Blick auf eine solide Haushaltsplanung dieses Vorhabens. Gänzlich kostenneutral wird es auf Dauer nicht gelingen. Trotz der fehlenden hanseatischen Gelassenheit in Berlin ist in der Planung und Vorbereitung von Jugendberufsagenturen Gelassenheit angesagt. Ich würde Sie, weil ich so lange in diesem Handlungsfeld unterwegs bin, doch um eine solide Planung bitten, damit wirklich etwas Dauerhaftes, Nachhaltiges passiert, also nichts übers Knie zu brechen, sondern einen möglichen Vorbereitungszeitraum von einem halben Jahr hier mit einzuräumen, damit wir in etwa auf das Niveau kommen, auf das sich Hamburg selbst schon gebracht hat. – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Nowack! – Wir haben jetzt noch Herrn Klemm zu hören und eventuell Ergänzungen von Herrn Jarkow. – Herr Klemm, bitte!

Bezirksstadtrat Gernot Klemm (BA Treptow-Köpenick): Danke, Frau Vorsitzende! – Eingangs möchte ich sagen, dass meinem Bezirk sowohl die Jugendberufshilfe als gesetzliche Aufgabe als auch die Jugendberufsberatung wichtig ist. So haben wir Ausbildungstage, die wir in Treptow-Köpenick selbst organisieren. Ich bin immer Schirmherr des Projektes „komm auf Tour“, auch immer dabei, und es gibt verschiedene andere Projekte. Also, wir sehen da

schon eine sehr wichtige Aufgabe, und deshalb ist auch völlig klar, dass man sich der Idee der Jugendberufsagentur und der Philosophie, die dahinter steckt, also alle Angebote der Berufsberatung, Berufshilfe unter einem Dach zu bündeln, gar nicht verschließen, sondern ihr grundsätzlich einfach nur zustimmen kann.

Dann muss man aber weiter reingucken, was damit gemeint ist, und versuchen, das zu wichten. Um es genauer zu wissen, gucke ich mir nicht nur die Senatsvorlagen an, sondern auch andere Stellungnahmen. Die IHK ist da sehr deutlich. Die sagt in einer Stellungnahme von 4. Juni – also ziemlich frisch –, dass jeder Jugendliche eine individuelle Hilfe erhalten soll. An wen richtet sich das? – An alle, unter Einbeziehung aller zur Verfügung stehenden Instrumente, auch der Jugend- und Sozialarbeit bis hin zur aufsuchenden Beratung. Da kommt man als Jugendstadtrat schon an einen Punkt, wo man sagt: Das fällt dann in die Zuständigkeiten und Ressourcen.

Herr Rahmig hat vorhin gesagt, das Wort Zuständigkeiten könne er nicht mehr hören. Als Beamter, auch als Wahlbeamter, bin ich an der Stelle immer gezwungen, erst mal zu prüfen, welche Zuständigkeiten wir da haben, und da gucke ich als Erstes auf den schönen § 13 SGB VIII Abs. 2 und komme darauf, dass wir jungen Menschen, die nicht durch andere geeignete Maßnahmen unterstützt werden können, Jugendamtangebote unterbreiten müssen. Diese Angebote sollen wir mit den anderen Angeboten bündeln. „Sollen“ ist ziemlich verbindlich, aber heißt noch nicht „müssen“. Mit anderen Worten: Wenn es sich an alle richtet, stelle ich erst mal fest, dass es sich hier um eine zusätzliche Aufgabe handelt. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Das Zweite ist, dass man sich als Bezirksstadtrat immer fragt: Wie kriege ich denn diese Aufgabe refinanziert? – Und da gucke ich dann nach der Kosten- und Leistungsrechnung.

Ich hatte im Bereich Jugendberufsberatung noch vor einem knappen Jahr einen Stellenanteil von zehn Stunden, der sich mit dem Thema bei mir im Bezirk befasst hat. Diesen Stellenanteil habe ich jetzt aufgrund der Umsetzung unseres Personalabbauplanes abgezogen. Die Kollegin macht jetzt als Sozialarbeiterin ausschließlich individuelle gesetzliche Verpflichtungen, seitdem ist das Thema Jugendberufsagentur Chefsache. Ich bin der Einzige, der sich im Moment bei mir im Amt damit befasst. Aber wenn Sie sozusagen keine Stellen und keine Produkte da haben, dann haben Sie sozusagen auch im Moment keine Refinanzierung, d. h. selbst wenn Sie jetzt Ressourcen einstellen, kriegen Sie die nach KLR, wenn Sie es intelligent anstellen, frühestens in zwei Jahren finanziert. Sie müssen es im Moment auf Kosten von anderen machen, wenn Sie da Ressourcen reingeben wollen.

Dann habe ich die Personalsituation schon einmal angedeutet. Eine neue Aufgabe ohne neues Personal unter der von mir beschriebenen Situation ist schwierig zu bewerkstelligen, und deshalb haben wir schon in unserer Stellungnahme an den Rat der Bürgermeister dazu erklärt, dass wir ohne die Vorabklärung der personellen und finanziellen Ressourcen es nicht für klug halten, das Projekt einfach so zu starten. Der RdB hat in dem Sinne fast beschlossen – kann man so lesen –, dann ist sozusagen die Erklärung noch mal überarbeitet worden, die jetzt alle Bürgermeister unterschreiben sollen, und noch während der Unterzeichnung hat die Arbeit an den Arbeitspaketen begonnen.

Dieses Tempo der Umsetzung macht mir schon Sorgen, weil neben der Lenkung und Steuerungsgruppe mal eben zehn Arbeitspakete gebildet worden sind. Das sind ungefähr so viele Arbeitsgruppen wie wir in der Senatsjugendverwaltung als Jugendamt so bespielen. Die müssen wir jetzt in zehn Arbeitspaketen parallel noch mal bespielen. Daran haben sich viele der Externen auch beteiligt. Ich habe – Stand gestern – mal gesagt, wie viele Bezirke sich gemeldet haben, und die meisten Bezirke – meiner nicht – waren da sehr euphorisch. Wir haben immer gebremst, haben gesagt, wir haben gewisse Probleme bei der Umsetzung. Stand gestern haben sich in den zehn Arbeitspaketen in zweien schon Mitarbeiter von Neukölln eingeschrieben. Einen anderen Bezirk habe ich noch nicht gesehen. Die Arbeit soll aber im Moment losgehen, und deshalb finde ich, muss die bezirkliche Ressourcenfrage als Allererstes geklärt werden – und da die personellen Ressourcen.

Da man als Bezirk nicht immer nur sagen soll, wie es nicht geht, sondern sagen soll, wie es geht, würde ich vorschlagen, dass wir relativ schnell als Bezirk, um überhaupt in den Arbeitspaketen mitarbeiten zu können, zeitnah – meinerwegen auch erst mal befristet – Beschäftigungspositionen jenseits der bezirklichen Zielzahl einrichten, mindestens eine als Bezirk, um uns erst mal in die Lage zu versetzen, dort mitzuarbeiten, und das muss vorgeschaltet sein.

Und da wir uns kurz fassen sollten, will ich an der Stelle auch schon aufhören. Ich bitte aber noch um einen kleinen Schlusssatz zu dem Projekt aus meiner Zeit, meinem früheren Leben, wo ich hier mal wirtschaftspolitischer Sprecher einer namenhaften Fraktion im Abgeordnetenhaus war. Ich finde schon, dass die komplette Idee eben eine gute ist, aber davon sozusagen nicht nur die öffentliche Verwaltung, also Arbeitsagentur, Land Berlin und Bezirke profitieren, wenn es läuft, sondern auch andere. Wenn wir über die Finanzierung reden, finde ich, muss man auch die Frage stellen, wie man die Wirtschaft, die davon zusätzlich profitiert, an der Durchführung des Projektes auch finanziell beteiligt. Und ich finde, auch darüber müsste verhandelt werden. Vor zweieinhalb Jahren, als wirtschaftspolitischer Sprecher dieser Fraktion, hätte ich das nämlich gefordert.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Klemm! Das sind sicher wichtige Fragen, die Sie gestellt haben. Herr Jarkow, möchten Sie ergänzen?

Dietmar Jarkow (SenArbIntFrau): Ich kann mich auf meine Vorredner und auch auf Frau Schwarz berufen, die mehr oder weniger alles gesagt haben. Insofern kann ich es auch sehr kurz machen. Wenn man sich den Tagesordnungspunkt 2 a anguckt, der beginnt mit den Worten „Jugenderwerbslosigkeit bekämpfen – Fachkräfte sichern“, damit sind eigentlich die Aufgaben der Jugendberufsagentur beschrieben. Ich habe heute früh in einem Gespräch mit einem Verbandsvertreter von diesem die Aussage gehört, er habe gestern von zwei Unternehmen erfahren, sie werden in Zukunft nicht mehr ausbilden, denn sie finden einfach keine geeigneten Bewerber, die zu dem Unternehmen passen. Ich glaube, das ist eines der Probleme, die wir haben, dass die Passung zwischen den Jugendlichen und den Unternehmen aus unterschiedlichen Gründen einfach nicht funktioniert, und einer dieser Gründe liegt nach meiner Einschätzung und auch nach unserer Einschätzung einfach darin, dass Jugendlichen Informationen fehlen, dass der Übergang von der Schule in den Beruf in Berlin aus einer Fülle von Angeboten und Möglichkeiten besteht, die einfach nicht mehr überschaubar sind. Hier müssen wir die Jugendlichen einfach an die Hand nehmen und müssen ihnen durch eine qualifizierte und gezielte Beratung, die in den Jugendberufsagenturen stattfinden wird, einen Weg weisen. Und es geht noch weiter. Wir haben in Berlin, selbst bei den Jugendlichen, die den Sprung in die Ausbildung geschafft haben, die höchste Quote von vorzeitigen Vertragslösungen in der gesamten Bundesrepublik. Auch hier ist eine der Ursachen, dass den Jugendlichen bei ihrer Berufswahlentscheidung Informationen gefehlt haben. Ich glaube, auch hier kann eine Jugendberufsagentur sehr positiv wirken und die Zahl dieser doch sehr hohen vorzeitigen Vertragslösungen deutlich reduzieren. Wir als Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen erwarten sehr positive Impulse, müssen aber auch dazusagen, dass wir, wenn wir positive Ergebnisse haben wollen, die Unternehmen brauchen, denn die stellen letztendlich die Ausbildungsplätze zur Verfügung und übernehmen die Jugendlichen dann auch in Arbeit. Hier wird eine sehr enge Zusammenarbeit erforderlich sein.

Und ich möchte auch kurz noch mal auf die Äußerung des Herrn Bezirksstadtrates eingehen. Es ist ein dickes Brett, dass wir hier zu bohren haben werden. Die Aufgaben sind umfangreich, wir sind aber – denke ich – alle, die bisher an diesem Prozess beteiligt waren, so weit motiviert, dass wir diesen Prozess auch sehr gerne angehen, und ich bin eigentlich auch guter Dinge, dass wir ihn erfolgreich zum Ende bringen und dass wir die Senatsvorlage, die dann letztendlich auch die entscheidenden Dinge beinhalten wird, bis zum September geschafft haben werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Jarkow! – Jetzt wären die Abgeordneten dran. Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich müsste nicht anfangen, aber ich kann gerne anfangen. Ich bedanke mich für Ihre Ausführungen. – Erst mal finde ich es wunderbar, dass wir dieses Projekt auf den Weg gebracht haben. Das Hamburger Vorbild ist auch von mir bewundert und war Teil der Inspiration, das hier anzupacken, und den Mut, das hier anzupacken, weil wir uns hoffentlich alle darauf vereinbaren wollen, dass wir nicht einfach irgendeine weitere Reform machen an irgendeinem Baustein, sondern dass wir – und das haben Sie auch angesprochen, Herr Dr. Pahl –, hier überparteilich in einem großen Konsens uns die Aufgabe stellen, wirk-

lich substantziell diese Wege für die Jugendlichen zu verbessern. Ich darf auch sagen, dass es mich freut, dass wir auch schon überfraktionell da in Gesprächen miteinander sind, inwieweit wir uns da tatsächlich gemeinsam auf den Weg machen können.

Mich würde es sehr freuen, wenn eben diese Vision uns allen schon einmal gemein ist und in dieser Vision auch klar vor Augen steht, dass es darum gehen muss, dass die Jugendlichen im Mittelpunkt stehen – ich sage das mal ganz deutlich und hart – und nicht die institutionellen Interessen der Institutionen, bei allem Verständnis für die institutionellen Bedürfnisse und ihre Logiken und die Rechtskreise. Und gerade weil das starke Logiken und große Rechtskreise sind, ist es so ein großes Rad – wie Sie sagten, Frau Schwarz –, an dem wir hier drehen wollen.

Insofern würde mich interessieren, wie Sie sich diese Moderation – vielleicht gerade von Ihnen, Frau Schwarz, aber gerne auch von den anderen – zwischen den Institutionen und Rechtskreisen vorstellen können. Ich werde etwas skeptisch, wenn ich nur von einer Kooperationsvereinbarung lese oder gehört habe, weil das für mich so ein bisschen statisch klingt. Ich glaube eher, dass wir ein tatsächliches Lenkungsgremium brauchen, dass wir da über Jahre immer wieder zusammensitzen werden müssen, das mal nur als These angedeutet. Also wie kann so eine Lenkung von der Landesebene – –, was bräuchten wir da auch, um die tatsächlich machen zu können? Ich halte auch das Stichwort Moderation für sinnvoll an der Stelle.

Ich möchte Sie, aber auch die anderen – insbesondere den Bezirksvertreter – fragen. Was ich glaube, ist, wir brauchen ein hohes Bewusstsein für die jeweiligen Stärken und Schwächen der beteiligten Institutionen. Nicht im Sinne von, dass irgendjemand seine Arbeit schlecht macht, sondern im Sinne von, dass man aufgrund dessen, was Aufgabe dieser Institution ist, sie etwas besser kann als andere Dinge, weil andere Dinge vielleicht gar nicht ihre Aufgabe sind. Insofern – um mich verständlich zu machen – würde ich Sie fragen, ob Sie z. B. meine These teilen, dass die Berufsberatung der Bundesagentur sich zum Beispiel durch eine hohe Kompetenz in der Beratung und solides berufskundliches Wissen und auch Kenntnis der Marktstrukturen und Potenziale auszeichnet, dass sie aber in dem von mir genannten Sinn nicht ihre Stärke hat in der Vernetzung mit den Angebotsstrukturen außerhalb der Rechtskreise SGB II und SGB III. Ob Sie da von Ihrer aller Erfahrung sagen können, dass die Jobcenter, die U25-Bereiche bis auf den Bereich des Fallmanagements, über keine ausreichende beraterrische Kompetenz verfügen und dass Sie außer in den Bezirken, mit Beratungshäusern und Kompetenzagenturen, wenig Vernetzung mit dem SGB VIII haben? Ob Sie meine These teilen, Herr Klemm als Jugendämter, dass die Jugendämter wiederum eine solide Kenntnis des SGB VIII haben, aber kein einheitliches Niveau der beraterrischen Kompetenz, ein nicht ausreichend berufskundliches Wissen und Erfahrungen in der Berufsberatung und eine mangelnde Vernetzung mit Angebotsstrukturen außerhalb des SGB VIII.

Die Bezirke mit den Beratungshäusern und Kompetenzzentren – das wäre meine nächste These – haben ein gemeinsames professionelles Handeln aller beteiligten Akteure, hier wäre an einer besseren Einbindung der Berufsberatung der Agenturen zu arbeiten. Und wir fragen uns deshalb auch, inwiefern, also da bin ich zurück, Frau Schwarz oder auch die anderen, bei der Frage der Lenkung: Wie können wir ein gemeinsames Wissen und Verständnis im Sinne auch einer Herausarbeitung qualitativer gemeinsamer Standards erarbeiten, sodass wir über die verschiedenen Rechtskreise hinweg besser über die Angebotsstrukturen der anderen Bescheid wissen und Qualitätsmaßstäbe an unsere Arbeit unabhängig davon, wer sie erbringt, teilen,

sodass auch besser aufeinander verwiesen werden kann? Ich merke schon, dass ich Sie ein bisschen wieder strapaziere, aber ich möchte noch mal wissen, – [Unruhe] – jetzt verderben Sie mir doch nicht meine Freude, dass wir das heute tatsächlich thematisieren, dass wir da auf dem Weg sind, und das ist tatsächlich auch das, was ich auch gemerkt habe, wenn wir da wirklich was bewirken wollen, habe ich mich auch immer gefragt, ob meine Kompetenz im Hinblick auf die Sozialgesetzbücher und die Rechtskreise da ausreichend ist. Aber ich glaube, ich bin mit der Frage der Systemlogik und der institutionellen Logik, der die Finanzierungslogik auch folgt, da bin ich nun mal tief davon überzeugt, dass das eine Kernstellschraube dieser Reform ist und dass dieses Bewusstsein noch nicht ausreichend da ist, bzw. wenn mir die Anzuhörenden heute jeweils für ihre Bereiche sagen könnten, dass die da ist, dann wäre ich unglaublich beruhigt. Und dann, Herr Klemm, kann ich auch ganz beruhigt darüber sprechen, was die Bezirke mehr brauchen. Selbstverständlich glaube ich, dass die Bezirke da mehr brauchen. Selbstverständlich bin ich davon überzeugt, dass die Jugendberufshilfe wieder gestärkt werden muss, aber auch die Bezirke müssen sich in den Prozess auf der Ebene reinbegeben. Wenn wir einfach nur die Bezirke besser finanzieren würden und sie das weitermachen, wie sie es jetzt machen, das würde auch nicht alle Probleme lösen. Vielleicht mache ich hier mal einen Punkt und lasse Frau Möller weiterfragen.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Remlinger! Niemand will hier jemanden die Freude verderben, aber es wäre doch schön, wenn die Abgeordneten nicht noch länger sprächen als die Experten, sondern sich wirklich auf Fragen konzentrieren könnten. – Frau Möller!

Katrin Möller (LINKE): Vielen Dank, Frau Harant! – Ich möchte auch niemandem die Freude verderben. Selbstverständlich sind auch wir der Meinung, dass in diesen Strukturen grundlegende Veränderungen vorgenommen werden müssen, weil die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen natürlich inakzeptabel ist, und ich teile auch ausdrücklich die Einschätzung von Herrn Dr. Pahl, dass dieser Maßnahmenschubel, der Jugendliche von 16 bis 21 Jahren – wie wir gerade gehört haben – durch verschiedene Maßnahmen demotivierenderweise schleift, natürlich auch angeguckt werden muss. Nichtsdestotrotz gibt es auch sehr viele gute Projekte und funktionierende Strukturen in den Bezirken, und ich habe in erster Linie – das muss ich eigentlich sagen, weil ich das, was die Anzuhörenden gesagt haben, weitgehend auch teile, deshalb haben wir auch unseren Antrag so formuliert, weil wir diese Problemfelder aufgegriffen haben – Fragen an den Senat, und ich wundere mich, dass Sie sich hierzu heute gar nicht äußern angesichts einer so doch tatsächlich gravierenden Umwälzung, die da passieren soll. Das ist ein Riesenprojekt. Es gibt keine Best-Practice-Beispiele im Bundesgebiet, und wir brechen das hier in einem Tempo vom Zaun, das finde ich schon ziemlich erschreckend.

Es gibt einen Zeitplan, der auch im Landesjugendhilfeausschuss vorgestellt wurde, der ist jetzt schon längst überholt, da sollte eigentlich im April dem Abgeordnetenhaus schon etwas zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Alle Zeitpläne, die ich bis jetzt gesehen habe, sind nicht eingehalten worden. Meine herzliche Bitte wäre, aus diesem Ganzen das Tempo herauszunehmen und tatsächlich eine vernünftige Planung und eine vernünftige Konzeptionierung vorzulegen.

Wozu überhaupt noch nirgendwo irgendeine Aussage gemacht wurde: Wie soll es bezahlt werden? Gibt es ein Finanzierungsprojekt? Wie sieht die Zeitschiene aus? Bis wann wird dem Abgeordnetenhaus etwas vorgelegt? Eben war die Rede von September. Eigentlich sollte im

August schon die Umsetzung beginnen, es ist die Rede von vier Pilotbezirken, die sich schon bereit erklärt haben. Was passiert da? Bekommen die eine Anschubfinanzierung? Welche Bezirke sind das? Wie soll es gelingen, dass, wie jetzt die Planung ist, Ende 2015 alle Bezirke sozusagen mit einer Jugendberufsagentur ausgestattet werden – einer komplett neu zu schaffenden Struktur? Wie sollen die Bezirke das personell stemmen, wenn in fast allen Bezirken die Jugendberufshilfe quasi auf null heruntergefahren wurde? Es ist auch im Familienbeirat die Rede davon gewesen, wo Frau Kuhlich aus der Senatsverwaltung vorgetragen hat, dass über die Berufsorientierung bzw. Ausbildungsplatzvermittlung hinaus, SGB VIII-Leistungen auch dort angeboten werden sollen, weil es natürlich genau darum geht, eine Kontinuität in der Beratung und Betreuung herzustellen, auch personell. Da sollen multifunktionale Teams arbeiten, also wirklich in neuen Gebäuden, die es jetzt noch nicht gibt, die noch nicht eingerichtet sind, wo drüber steht „Jugendberufsagentur“. Da drinnen sind dann die multifunktionalen Teams, wo natürlich auch die Jugendämter ihre Kollegen hinschicken sollen und müssen, die die Kompetenz haben. Und es war auch die Rede davon, dass sozusagen die Kompetenzen dieser Menschen erweitert werden sollen. Ist geplant, Schulungen durchzuführen? Wissen die Leute in den Bezirksämtern schon davon etc.? Ich hätte gerne mal gewusst, was da geplant ist. Ist geplant, die Ressourcen zu erweitern? Ohne das geht das nicht. Das haben alle Anzuhörenden gesagt, das ist auch in vielen anderen Stellungnahmen, die wir vorab bekommen haben z. B. vom Paritätär usw., schon angemahnt worden. Es geht nicht ohne mehr Ressourcen.

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Dr. Pahl speziell. Herr Klemm hat dargelegt, dass es natürlich auch notwendig ist, dass die Wirtschaft und die Betriebe hier mehr in die Verantwortung gehen. Wir können hier Jugendliche bilden, begleiten und fördern bis 35 Jahren, wenn es denn nicht parallel auch dazu passiert, dass die betrieblichen Ausbildungsplätze gegeben sind, dass die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft und der Betriebe vorangetrieben wird. Was ist in dieser Hinsicht geplant? Gibt es da schon Vernetzungen? Wie schätzen Sie das ein, Herr. Pahl oder Herr Rahmig? Wie bekommen Sie Ihre Jugendlichen unter? Und bleiben die dann auch in diesen Ausbildungsbetrieben? Wird diese Ausbildung zu Ende geführt? Ich finde, das ist eine Riesenbaustelle. Wird sich auch die Wirtschaft finanziell an diesem Projekt Jugendberufsagentur beteiligen, da sie ja diejenigen sein werden, die auch maßgeblich davon profitieren, wenn es uns gelingt, mehr junge Menschen und vor allem auch mehr Special Needs tatsächlich in Ausbildung zu bringen und zu behalten? Aber meine wichtigste Frage an den Senat: Wie soll das gehen? Wann kommt ein Finanzierungskonzept? Was haben Sie da für Vorstellungen?

Vorsitzende Renate Harant: Als Nächster in der Fraktionsrunde ist dann Herr Özışık dran!

İlkin Özışık (SPD): Eigentlich muss ich wirklich sehr streng sein, aber ich habe echt keine Lust mehr hier. Ich habe gar keine Fragen mehr. Ihr habt mir alles weggenommen. Ja, melden Sie sich noch, Frau Kittler, dann brauchen wir gar nicht mehr zu reden. Wir sollten hier wirklich auch mal diese Fragerunden auf drei Minuten oder so begrenzen, denn ich meine, wir würden auch gern mal Fragen stellen, und wenn Sie das alles abdecken, – [Zuruf] – das ist nicht schön.

Vielen Dank erst mal, dass die Anzuhörenden hier sind. Das war wirklich sehr lehrreich. Ich denke, wir kommen alle weiter mit solchen Runden und mit diesen Anhörungen. Und die sind auch ganz wichtig, denke ich, denn das ist ein Riesenthema für diese Stadt, ein ganz wichtiges Thema.

Ich möchte aber, Herr Rahmig, Ihre Worte noch mal aufnehmen. Sie haben gesagt, alle Beteiligten müssen in die Verantwortung gehen. Da möchte ich Sie gerne mal direkt fragen: Wie sieht denn Ihre Verantwortung aus? Oder nehmen Sie uns doch einfach mal mit: Wie sieht Ihr Oberstufenzentrum in Zukunft aus? Also wie wollen Sie eigentlich zuarbeiten in diesem Gesamtwerk, genauso Herr Dr. Pahl? Wir haben schon mehrere Male zusammengesessen, da habe ich immer den Eindruck mitgenommen, Sie geben uns immer ganz viele Hausaufgaben auf und wollen uns immer untereinander vernetzen. Das ist immer ganz nett, da gibt es auch immer Kuchen und Kaffee, aber ich habe nie so richtig gehört, wie Sie in die Verantwortung gehen möchten. Denn der Alltag sieht nämlich anders aus. Der Alltag an unseren Schulen sieht nämlich so aus, dass die Schulen ganz wenige Praktikplätze haben, ganz wenig im eigenen Sozialraum mit Betrieben schon vernetzt sind. Gerade mit Mittel- und Kleinunternehmen müsste eigentlich die Vernetzung irgendwie von Ihnen organisiert werden. Es klappt irgendwie nicht so ganz.

Dann gibt es natürlich auch noch mal ganz viele Probleme, unsere Jugendlichen – gerade aus diesen sogenannten Brennpunktschulen, ISS –, werden fast immer abgelehnt. Das ist die Frage, wie Sie sich da eigentlich einbringen möchten oder einbringen werden.

Frau Schwarz! Es gibt jetzt schon eine funktionierende Beratungsstruktur – fast flächendeckend an den Schulen. Wird das aufrechterhalten bleiben? Denn ich glaube nämlich, der Prozess beginnt nicht nach der Schule, es passiert ganz viel gerade an unseren Schulen, und der Prozess beginnt viel früher. Wir diskutieren heute sogar, ob wir in die Grundschule hinuntergehen, ob wir da schon Elternarbeit machen sollten, ob wir so eine Art Einführung „Elternabende für alle Eltern, die ihre Kinder in die siebten Klassen einschulen“ schon einmal anbieten wollen, einen Vertrag vielleicht auch noch mal machen wollen, und denen aufzeigen wollen, wo wir eigentlich gemeinsam nach der Zehnten sein müssen. Viele scheitern, aber es passiert dennoch unheimlich viel an Beratung, an Begegnung, an Besichtigung, an Bewerbungstagen, an Praxistagen, die Liste ist wirklich lang, und wie gesagt, es hantieren auch ganz viele Externe und auch natürlich die Lehrerinnen und Lehrer an den Schülerinnen und Schülern. Da liegt eine ganz große Datenmenge vor. Wie stellen Sie sich das vor, dass diese Daten mitgenommen werden? Oder beginnt in der Jugendberufsagentur eine ganz neue Ära, wir fangen bei Null an, und ich bin der Herr Schneider und du der Ratsuchende, wir fangen jetzt neu an? Es ist alles vergessen, was vorher war. Wie soll das funktionieren?

Herr Nowack! Wie definieren wir eigentlich Jugend, also Jugendberufsagentur? Ich meine: Wo ist da die Grenze? Ist das 21 Jahre oder 25 Jahre? Wo sollte die Beratung in der Jugendberufsagentur dann eigentlich auch aufhören? Und können Sie uns noch mal kurz sagen, was eigentlich zu diesem Paket Jugendberufsagentur noch passieren muss? Ihre Erläuterung fand ich sehr interessant, dass Sie uns mitgenommen haben, was Berlin eigentlich alles schon erlebt hat. Aber ich glaube, Sie können uns vielleicht noch mal sagen, die Jugendberufsagentur ist ein Paket, und Hamburg – glaube ich – hat da auch viel mehr getan: Was gehört noch dazu und was müssen wir in Berlin vielleicht machen, eben Oberstufenzentren reformieren und natürlich ISS, vielleicht noch mal ein BO-Konzept usw.? Und vielleicht können Sie auch noch mal was zu Elternarbeit sagen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Özışık! – Herr Spies hat jetzt das Wort! Herr Spies, bitte!

Alexander Spies (PIRATEN): Ich versuch´s mal kurz zu machen. Ich kann an das anknüpfen, was ich vor 14 Tagen hier gesagt habe. Was uns eben fehlt, ist vor allem die Berufsorientierung ab der 9. Klasse. Darauf sollte man sich jetzt konzentrieren. Wenn das die erste Aufgabe in der Jugendberufsagentur ist, ist das schön, allerdings glaube ich eben nicht unbedingt, dass man so eine Agentur braucht, um das zu machen oder dass darin das Heil liegt. Und da möchte ich jetzt Frau Remlinger auch nicht so viel Essig in den Wein gießen, denn das Ziel ist sehr schön, und ich bin immer für utopische Ziele zu haben, aber die Realität in dieser Stadt – glaube ich – sieht eben ganz anders aus. Und was wir eben überall feststellen können, ist, dass es eben auch an einer gesamtstädtischen Steuerung in allen Prozessen fehlt, und hier ist man momentan mehr oder weniger auf einen gewissen Wildwuchs angewiesen, also was da nun in Bezirken mal zufälligerweise passiert oder nicht, aber es passierte etwas. Es gibt das Beispiel in Marzahn-Hellersdorf, die es eben tatsächlich erreicht haben, innerhalb von ein paar Jahren auch die Zahl der Praktika und der Praktikumsplätze zu verbessern. Da muss man dann fragen: Wie ist denn erst mal daran gedacht, diese Initiativen, die in einigen Bezirken existieren, auch mal in die Planung mit einzubeziehen oder da vielleicht mal etwas zu evaluieren oder zu gucken, wo man drauf aufbauen kann?

Dann hatten wir auch das Thema Daten. Das wäre mir dann schon wichtig, dass man auch jedem Jugendlichen, jedem Schüler einen Praktikumsplatz seiner Wahl anbieten kann. Dazu braucht man auch die Datenerfassung. Ist darüber überhaupt mal nachgedacht worden? Ist schon einmal mit dem Datenschutzbeauftragten geredet worden, wie das denn überhaupt unter Wahrung des Sozialdatenschutzes zu bewerkstelligen ist? Auf diese Frage habe ich bislang eben auch noch nie eine befriedigende Antwort bekommen, und im Grunde genommen, muss man erst mal diese Grundvoraussetzungen schaffen. Wenn man eben diese Praktikumsplätze hat, muss auch sichergestellt werden, dass die Jugendlichen sich das freiwillig aussuchen können – das wurde auch schon gesagt –, das wäre eben wichtig, dass man dann auch einen Pool von Praktikumsplätzen in der ganzen Stadt hätte. Wie soll das bewerkstelligt werden? Wer soll sich darum kümmern? Insofern ist eben die Frage: Was ist denn eigentlich schon an Vorbereitungen hier zwischen den Verwaltungen gelaufen? Wenn ich die Bezirke höre, klar, ohne Stellen kann man nichts machen. Das wäre das Mindeste, dass man sich da mal überlegt, wie man eben dann auch die Bezirke mit entsprechenden Stellen wieder ausstattet. Das passiert ja nicht. Und wenn ich die Frau Schwarz von der Bundesagentur hier habe, dann noch mal meine Frage: Planen Sie denn dann, wenn es so eine Jugendberufsagentur gibt, auch mal diese Beratungsverfolgung einzustellen, mit der Sie momentan eben die Jugendlichen von Familien im SGB II-Bezug überziehen? Völlig unnötigerweise, weil Sie da vermuten, dass sie aus Familien kommen, die nicht so richtig an den Beruf herangeführt werden; das könnte man unterlassen. Diese Energie könnte man wahrscheinlich besser in so eine Jugendberufsagentur stecken.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Spies! – Dann wird die Fraktionsrunde von Herrn Simon vollendet.

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich darf mich im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei den Anzuhörenden bedanken, die sich freundlicherweise die Zeit genommen haben und sich ganz wunderbar auf den heutigen Tag und auf die Anhörung vorbereitet haben.

Mir stellt sich noch die Frage nach den Räumlichkeiten. Personal ist schon thematisiert worden. Wo könnten sich die einzelnen Anzuhörenden vorstellen, wo Räumlichkeiten zu finden sind – jetzt nicht mit Straße und Adresse, sondern einfach ein bisschen offener? Würde eine bezirkliche Lösung favorisiert werden? Würde es favorisiert werden, zwei Bezirke zusammen oder drei Bezirke zusammen? Wie ist das? Und insbesondere: Ist die Agentur für Arbeit auch offen für bezirkliche Lösungen?

Dann ein Blick in die Hansestadt Hamburg, die vorhin schon als Stichwort gefallen ist. Dort gibt es so etwas wie eine Jugendberufsagentur. Halten unsere Expertinnen und Experten das eigentlich für ein Vorbild für Berlin? Finden Sie, das ist ein guter Weg, den Hamburg eingeschlagen hat? Grundsätzlich, oder würden Sie das vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein bisschen anders machen? – Danke!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Simon! – Jetzt hat der Senat um das Wort gebeten. Ansonsten habe ich noch zwei Redner auf der Liste, Herrn Altug und Frau Kittler. Ich würde dann aber die Rednerliste auch schließen, wenn sich jetzt niemand mehr meldet – Frau Remlinger hat sich noch mal gemeldet – und abschließend dann unseren Gästen noch mal das Wort erteilen. Jetzt hat aber erst mal Herr Rackles die Möglichkeit. Bitte!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir als federführende Verwaltung in enger Abstimmung mit der Arbeitsverwaltung sehen das natürlich als ein zentrales Projekt, weil vorhin gefragt wurde, warum wir uns nicht äußern. Heute ist der Tag der anzuhörenden Expertinnen und Experten. Wir betreiben das Projekt – das ist wiederum auch kritisiert worden – mit einer sehr hohen Priorität und auch einem sehr hohen Zeitdruck, auch einem hohen Ressourceneinsatz bei uns im Hause, obwohl, Herr Klemm, wir auch sparen müssen. Wir fangen nicht erst an zu denken, wenn wir eine VZE haben, sondern wir überlegen konzeptionell mit einem Minimum an Kraft, was jetzt zu machen ist, was zu stemmen ist. Wir beginnen, die Partner zusammenzuholen, zu denen die Bezirke dankenswerterweise gehören, um dann eben konzeptionell in der Lage zu sein, um diese gemeinsam beschriebene Leistung zu erfüllen, diese Ziele zu realisieren, brauchen wir, wenn wir uns dem Instrument Jugendberufsagentur widmen, die und die Ressourcen.

Andersherum vorzugehen und zu sagen: Ich brauche jetzt erst einmal meine zwölf VZE, um überhaupt einmal loszulegen, führt klassischerweise dazu, dass Sie stehenbleiben. Das gilt ja generell. Ich bin Frau Schwarz dankbar, die sagte, vor anderthalb Jahren hätte sie sich nicht vorgestellt, dass wir heute hier schon stehen, denn ein solcher Tanker wie unsere Verwaltung, bei allem Respekt; die Arbeitsverwaltung nehmen wir heraus, die ist flexibel. Die Jobcenter, die Agentur, das sind alles große institutionelle Akteure, die aus völlig unterschiedlichen Regelungskreisen kommen. Wenn wir anfangen, uns beim Teetrinken erst einmal locker zu vereinbaren, dann kommt am Ende nichts dabei heraus. Deshalb war es ein guter Moment, als letztes Jahr diese Initiative gestartet wurde, auch getragen von einer relativ breiten Mehrheit, ich würde sagen, des gesamten Hauses hier, dass man hier mal loslegen muss, und natürlich stolpern wir gelegentlich mal über ein Zeitlimit. Das lag zum Teil daran, dass wir uns politisch noch mal das Votum der Sonderkommission des Regierenden Bürgermeisters holen wollten, um mit dieser gestärkten Unterstützung auch der Wirtschaft und Verbände noch mal einen Senatsauftrag zu haben, der im Moment realisiert wird über die Projektvereinbarungen, die gerade jetzt unterschrieben werden.

Gestern hat die Runde mit der Projektgruppe stattgefunden. Wir werden im September noch die Lenkungsgruppe einrichten und die Senatsvorlage: Ich würde ein bisschen relativieren. September würde ich auch schön finden, weil ich die Ressourcenfrage ganz schnell geklärt hätte, aber ich würde sagen, im Herbst 2014 können wir mit der Senatsvorlage rechnen. Je früher, desto besser, denn es ist tatsächlich so: Das, was wir konzeptionell erarbeiten, ist die Vorlage, die haushalterisch unterlegt werden muss. Wir können nicht andersherum vorgehen. Nur dann ist das Ganze glaubwürdig. Man muss umgekehrt aber auch sehen, so riesige Ressourcen können oder sollten es nicht sein, weil genau genommen der Clou darin besteht, dass alle ihre Ressourcen einbringen. Natürlich muss man über die Infrastruktur, die Häuser und die Menschen reden. Es ist schon so, dass viele Akteure große Ressourcen einbringen. Die Jugendberufshilfe ist auch deswegen abgeschmolzen worden, weil andere Bereiche in anderen Regelkreisen aufgewachsen sind. Das sind korrespondierende Röhren, die jetzt zusammengezogen werden sollen und möglichst nicht durch Hin- und Herverschieben an Synergien verlieren, sondern möglichst am Kind, am Jugendlichen unmittelbar investiert werden.

Die Frage von Herrn Spies zum Datenschutz ist eine ganz zentrale. Sie hatten vorhin den Datenschutz noch mal angesprochen. Das ist fast ein ganzes Arbeitspaket. Ich glaube, es ist sogar ein Arbeitspaket, weil das ein ganz zentraler Aspekt ist. Wir haben ein großes Interesse daran, aus dem schulischen Prozess heraus das Kind möglichst engmaschig zu begleiten und diese ganzen Überbruchprobleme, die wir haben – – Die Agentur weiß nicht: Wer kommt wann aus dem OSZ mit welchen Abschlüssen? Wir wissen nicht genau, wann landen Kinder wo mit einem Schulabschluss oder mit einem abgebrochenen Abschluss in der Wirtschaft oder im OSZ. Alle diese Punkte, die Hamburg ansatzweise fast optimal geklärt hat, allerdings mit einem hohen Aufwand, sind Sachen, die wir abbilden müssen, wo wir mit dem Berliner Datenschutzbeauftragten verhandeln müssen, der anerkanntermaßen bundesweit spitze ist in seinem Feld. Das alleine ist schon ein ganz zentrales Feld. Es ist eines von diesen APs. Wenn wir jetzt gewartet hätten – das noch mal in Richtung von Herrn Klemm: Ich kann verstehen, dass es manchen zu schnell geht, hätten wir jetzt aber nicht parallel zur Unterschreibung schon die erste Sitzung gemacht, wäre jetzt der Sommer gekommen. Wir hätten im Herbst mit Arbeitsgruppen anfangen können. Das ist jetzt notwendig, wenn man das ernsthaft betreiben will, dass alle Akteure wissen: Da ist ein hohes Commitment drin. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass dieser Druck sinnvoll ist, weil Sie anders keine magnetischen Kräfte orga-

nisieren, um diese großen Akteure zusammenzuhalten. Ich gehe schon davon aus, dass das, was Sie gefragt haben, im Konkreten konzeptionell unterlegt im Rahmen der Senatsvorlage hier anlandet. Ich würde sagen, wir sind im Herbst 2014 bei dieser Senatsvorlage, sodass Sie Ende des Jahres die Vorlage pünktlich zu den anstehenden Haushaltsberatungen vorliegen haben.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Rackles! – Jetzt nehmen wir noch die drei Redner dran, und damit ist dann auch die Fragemöglichkeit beendet, und wir bekommen dann noch die Antworten. – Herr Dr. Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Ich habe eine einfache Frage. Ich bin nicht vom Fach, stelle aber immer wieder fest, dass immer mehr Jugendliche ohne Schulabschluss aus der Schule herausgehen. Ich frage mich immer wieder, ob diese Jugendlichen ganz verloren sind und wie sie wieder einsteigen könnten, ob man alles von Abschlüssen abhängig machen müsste, um ins Berufsleben einzusteigen, ob Sie da einen Spielraum oder Lösungsmöglichkeiten sehen würden. – Danke!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Dr. Altug! – Immer mehr stimmt nicht, das kann ich schon mal sagen. – Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Mir kommt das Ganze hier vor, als wenn ein Ameisenstaat seiner Königin beraubt völlig planlos durch die Gegend läuft. – [Lars Oberg (SPD): Der Ameisenstaat braucht die Königin zur Organisation überhaupt nicht!] – Herr Rackles, Sie haben gerade gesagt: Alle bringen ihre Ressourcen ein. Da frage ich mal: Wer ist denn „alle“? Die Bezirke haben doch überhaupt keine Ressourcen. Herr Klemm könnte sich selbst einbringen, haben wir gerade gehört, weil er der einzige ist, der sich dann aufsuchend wahrscheinlich um Vermittlung bemüht. Das wäre die einzige Ressource, die aus dem Bezirk Treptow-Köpenick eingebracht werden könnte, wenn ich das richtig verstanden habe, denn auch finanziell gibt es dort keinen Spielraum. Es bleiben noch ein paar reiche Bezirke übrig, in Anführungsstrichen, die vielleicht noch eine Reserve haben, auf die sie zugreifen können. Mir fallen aber genügend Bezirke ein, die überhaupt kein Geld dafür haben, unabhängig von der KLR. Insofern sind die Fragen, die wir als Fraktion in fünf Anfragen gestellt haben, aus unterschiedlichen Sichten heraus, nämlich aus den verschiedenen beteiligten Senatsverwaltungen heraus, uns fast alle beantwortet worden: Nun ja, das wird sich nach dem Konzept entscheiden. – Das zeigt, dass das gegenwärtig völlig planlos erfolgt. Ich verstehe überhaupt nicht, warum nicht erst der Plan aufgestellt und dann gemeinsam daran gearbeitet wird, und das wird nicht ohne Geld gehen.

Wir hatten Sie in der Anfrage zu Jugendberufsagentur und Bildung gefragt, ob es für die Agentur einen eigenen Haushalt und zusätzliche Personalstellen geben wird und in welchem Umfang und wer die an welcher Stelle finanziert. Daraufhin haben Sie geantwortet: Nein, die Jugendberufsagentur wird vorbehaltlich einer Umsetzungsentscheidung keine eigene Organisationseinheit mit eigenen Haushaltsmitteln werden. Das war die gesamte Antwort, das heißt, es gibt noch gar keine Umsetzungsentscheidung, und trotzdem wuseln schon alle los oder sie sollen es tun. Wann kommt diese Umsetzungsentscheidung? Sie sagen, eine Lenkungsgruppe wird im September gebildet, aber wer hat denn überhaupt entschieden, dass eine solche Lenkungsgruppe gebildet werden soll? Die Umsetzungsentscheidung würde mich auch noch interessieren, wann die kommt. In dem Prüfbericht wird auch nur vorgeschlagen, dass die Leitung

des Projekts bei der Senatsbildungsverwaltung liegen soll. Ist das denn inzwischen schon geklärt, oder ist es immer noch nur ein Vorschlag? Bisher kenne ich nur die Berliner Erklärung. Das ist das Einzige, womit man etwas anfangen kann, aber das ist keine Grundlage für ein Senats- oder Bezirkshandeln.

Vorsitzende Renate Harant: Frau Remlinger, bitte!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ich wollte darum bitten, wenn wir anfangen, den Beschluss der SOKO umzusetzen, ob Sie uns transparent machen könnten, was diese zehn Arbeitspakete sind, was da wie von wem erarbeitet werden soll. – Zweitens wäre meine Bitte – ich hätte es gerne schriftlich, wie auch immer –, dass Sie die RdB-Beschlüsse in dem Kontext transparent machen, dass wir wissen, wo die Bezirke sind. Da bin ich bei meinem zweiten Stichwort: Ich würde gerne genauer verstehen, warum dieses Tempo – – Ich habe so ein bisschen verstanden, es könnte mit der Arbeitsagentur zusammenhängen, die einen Reformdruck hat. Aber ich will schon alle Beteiligten darum bitten, dass sie es ernst nehmen, wenn die Bezirke schreien und Warnsignale geben, wenn die Jugendhilfe Warnsignale gibt. Ich möchte auch die These in den Raum stellen, es geht gerade darum, dass die Tanker lernen, für den Einzelnen, so etwas Kleines wie einen einzelnen Jugendlichen zu denken, und dass ich will, dass das Fachwissen, das die Jugendhilfe hat, ernst genommen wird. Insofern habe ich auch von Herrn Klemm gehört: Man will ja mitdenken, aber nehmt doch bitte auch alle ernst die Frage: Können sie und können sie nicht? Insofern gerne auch etwas zu der Frage, wie viele da arbeiten, und auch noch mal ein Warnsignal auf der Ebene, dass es für den Prozess auch schwierig ist, wenn Angebote jetzt plattgemacht sind oder werden, die von den Bezirken als funktionierend empfunden wurden. Und die Erfahrung, dass öfter mal eine Reform versucht wird und es immer leichter ist, bestehende Strukturen zu zerschlagen, als etwas Besseres an seine Stelle zu setzen, das bitte ich auch ernst zu nehmen.

Ich wüsste schon gerne, wie es dem Landeskonzept geht und wann wir da mal eine Vorlage eines Entwurfsstadiums haben können. In der Tat denke ich, dass die Berufsorientierung ein weiterer separater Baustein ist, den wir brauchen. Wir sollten die Jugendberufsagentur auch nicht mit Erwartungen überfrachten, was sie alles kann. Sie wird nicht alle Probleme lösen, sie ist nur ein Baustein. – Vielleicht noch eine kleine Vorlage für Sie, Herr Dr. Pahl: Die IHK hat sich positioniert mit einem Satz: Alle Jugendlichen sollen ausgebildet werden. Insofern vielleicht die positive Einladung, nicht jetzt einen Vorwurf an die Wirtschaft, sondern die Frage: Wie können Sie sich in diesem Sinne – wir zucken vor dem Wort nicht übermäßig zurück – eine Ausbildungsgarantie vorstellen in einem Zusammenspiel dessen, was die Wirtschaft kann und vielleicht auch mehr kann und was sie vielleicht auch bräuchte, um mehr zu können in einer Abstimmung aber mit dem ergänzenden Angebot, das sicher auch vom Staat kommen muss. – Da vielleicht ein Blick in Ihre Richtung, Herr Jarkow. Ich hätte von Ihnen schon gerne ein Wort gehört. Sie haben ja auch in Ihrer Verantwortung die Berliner vertiefte Berufsorientierung, und Sie haben das Berliner Ausbildungsplatzprogramm usw. Ich hoffe schon, dass wir da nicht nur von der Arbeitsverwaltung etwas hören über Passung, sondern auch ein strukturelles Zusammendenken mit den anderen Angeboten, die es gibt.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Remlinger! – Herr Rackles möchte gleich auf Ihre Fragen antworten. – Herr Rackles!

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugWiss): Frau Remlinger kann ich zusagen, dass wir diese Arbeitspakete liefern. Es gibt auch eine konkretisierte Beschreibung dessen, was passieren soll, einen aktuellen Sachstand. – Frau Kittler, der Zeitverlauf, den Sie zitieren, war vor und nach der SOKO. Wir brauchten diese Sonderkommission als einen Konsens in der Stadt, dass es die Jugendberufsagentur geben soll. Das war ja vorher noch nicht so geklärt. Auf Basis des Prüfberichts ist dieses Commitment erfolgt, mit dem Auftrag an uns als federführende Verwaltung, gemeinsam mit den Partnern eine Senatsvorlage vorzubereiten. Die Grundstruktur war in der Berliner Erklärung abgebildet. Wir sind jetzt dabei, mit den Partnern und den Bezirken gemeinsam, diese Struktur so abzubilden, dass wir eine Senatsvorlage bekommen, die dann förmlich die Grundlage für die weiteren Beratungen des Senats, des Abgeordnetenhauses und die Haushaltsberatungen ist. Aber noch mal: Ich verstehe diese Kritik nicht, es wäre durchsichtig und nicht besonders seriös gewesen zu sagen: Wir machen das nicht weiter skizzierte Modell einer Jugendberufsagentur. Wir als Haus brauchen zehn VZE, Arbeit braucht fünf VZE, und die Bezirke brauchen 30 VZE. Die Bezirke könnten doch, ohne dass es die Jugendberufsagentur jemals gibt als Projekt, sagen: Für die Berufshilfe brauchen wir jeweils eine Stelle. Da hätte doch jeder genickt. Jetzt geht es doch darum zu beschreiben: Was ist denn tatsächlich zu leisten in der Jugendberufsagentur? Was sind die Beiträge?

Vorhin wurde nach Kompetenzen und diese Sicht der Dinge gefragt. Das kann man genauso herunterdeklinieren. Dann muss man am Ende des Tages definieren: Was ist die minimale Ausstattung, die mindestens notwendig ist, damit im Land Berlin eine Jugendberufsagentur installiert werden kann? Das halte ich jetzt für ein relativ geordnetes Verfahren. Ameisenhaufen ohne Königin – ich weiß nicht, wer die Königin oder der König sein sollte, aber das erscheint mir sehr hierarchisch gedacht. Wir haben ein Steuerungsgremium, wo die Partner zusammensitzen, auf Augenhöhe arbeiten und jeweils ihre Ressourcen verantworten, das ist ganz wichtig, und die gemeinsamen geteilten genutzten Ressourcen werden sich teilweise aus Mitteln speisen, die schon da sind, aber natürlich auch aus zusätzlichen Mitteln. Das betrifft insbesondere die Liegenschaften und die Grundausstattung, die dann im Rahmen der Haushaltsberatungen angesetzt werden muss.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Rackles! – Wir treten jetzt in die Antwortrunde ein. Ich schlage vor, wir fangen in umgekehrter Reihenfolge an. – Herr Jarkow, Sie wären dann der Erste! Sie müssen nicht alle Fragen beantworten, sondern nur die, die direkt an Sie gestellt wurden bzw. die Sie beantworten möchten.

Dietmar Jarkow (SenArbIntFrau): Genau das wollte ich sagen, denn allzu viele Fragen sind an mich ja nicht direkt gestellt worden. – Ich möchte kurz auf das eingehen, was Frau Remlinger gerade angesprochen hat. Ich habe meinen Vortrag vorhin ganz bewusst gekürzt vorgelesen. Natürlich haben wir eine Reihe von Maßnahmen. Ich ergänze zu dem, was Sie gesagt haben, noch „komm auf Tour“ – das ist vorhin angesprochen worden –, die wir natürlich in diesen Prozess mit einbringen werden. Nur, in welcher Form dies genau passieren wird, das werden die Gespräche, die wir in den nächsten Wochen und Monaten zu führen haben, zeigen. Wir haben letztendlich Arbeitspakete geschaffen, um ganz einfach zu erarbeiten, wie eine Jugendberufsagentur dann auch in der Praxis funktionieren kann. Da wird man dann sehen, welche Möglichkeiten gegeben sind und wo welche Schnittstellen am besten einzubinden sind.

Vorsitzende Renate Harant: Danke schön, Herr Jarkow! – Herr Klemm!

Bezirksstadtrat Gernot Klemm (BA Treptow-Köpenick): Ich kann mich an Appelle von mir selber erinnern, dass ich zu Bezirken gesagt habe, dass man Prioritäten und Schwerpunkte setzen muss, und jetzt sitze ich auf der anderen Seite und betrachte das manchmal etwas anders, aber das Leben ist ja nicht immer gerecht. Trotzdem finde ich, dass solche Appelle hier und da schwierig sind, und ich möchte es jetzt mal, auch wenn holzschnittartig, nur an einem Beispiel erläutern, was der Unterschied zwischen der Aufgabe eines Bezirkes bisher ist und dem, was in der neuen Jugendberufsagentur mitgedacht wird und da auch mit reingepackt werden soll. Ich finde, wenn man es tut, soll man den großen Wurf versuchen und nicht kleine, aber dafür bedarf es Voraussetzungen.

Mein Lieblingsneffe hat sich vor zwei Jahren bei vier Firmen für eine Ausbildung nach einem mittelmäßigen Abitur beworben. Ich war völlig entsetzt, aus meiner Neunzigerjahre-Erfahrung, weil ich dachte, das geht ja überhaupt nicht. Man muss sich mindestens bei 30 Firmen bewerben, vielleicht bekommt man eine Antwort. Er ist bei vieren bestätigt worden und stand danach vor demselben Problem wie davor. Diesen Fall wären wir komplett los. Damit haben wir sozusagen als öffentliche Verwaltung bisher, jedenfalls das Jugendamt, überhaupt nichts zu tun gehabt. Jetzt stehen dahinter aber drei betroffene Firmen. Die haben ihren Azubi nicht gekriegt und vielleicht auch keinen anderen, und der Aufgabe sollen wir uns auch widmen. Das ist eine völlig andere Aufgabe als die, uns um die zu kümmern, die keine Ausbildungsplätze gekriegt haben, weil – das tut der Bezirk Treptow-Köpenick natürlich auch – das eine gesetzliche Verpflichtung ist, und die nehmen wir selbstverständlich auch wahr. Was der Bezirk Treptow-Köpenick vor meiner Zeit nicht gemacht hat, war, dass er dort eine Priorität gesetzt und besondere Angebote gebildet hat. Mein Bezirk hat sich eher auf die Jugendarbeit, auf Jugendfreizeiteinrichtungen konzentriert. Andere Bezirke haben andere Prioritäten gesetzt. Bei uns ist das Geld in dem Bereich, auch in der Refinanzierung in dem Bereich. Ich kann es sozusagen nicht parallel aus der Taufe heben.

Klar ist, dass die Jugendberufshilfe im Rahmen der Sozialarbeit von den Sozialarbeitern mitgemacht wird, auch in Kooperation mit dem Jobcenter. Da haben wir auch gute Kooperationsvereinbarungen, regelmäßige Gespräche und Konferenzen. Das muss man nicht immer koordinieren, da läuft vieles, wo sich die Beteiligten auch kennenlernen. In der Regel ist es so, wenn ein Sozialarbeiter feststellt, hier gibt es Unterstützungsbedarf bei der Berufsorientierung oder bei der Arbeitsplatz- oder Ausbildungssuche, dann wird das von den Sozialarbeitern vor Ort selbstverständlich mitgemacht. Was mir jetzt fehlt, ist, dass ich bis dahin wenigstens eine Person hatte, die das dann koordiniert hat. Die fehlt mir, und das ist für mich eine der Prioritäten, die ich als Erstes einrichten will. Mit anderen Worten: Das läuft bei uns trotzdem professionell ab, aber wir haben als Bezirk keine schönen Angebote da aufgesetzt, und wir erfüllen selbstverständlich unsere gesetzlichen Aufgaben.

Die neue Aufgabe, die ich holzschnittartig beschrieben habe, mit gutem Willen von heute auf morgen zu erledigen, wo Sie gerade mal ihre Zehn-Stunden-Stelle irgendwie wieder organisieren müssen, ist eine Sache, da helfen auch keine Appelle. Das ging alles ziemlich schnell, und zehn Arbeitspakete zu beliefern als Bezirke – Die Bürgermeister waren, als das Projekt vorgestellt wurde, noch gar nicht so nervös. Von Jugendstadträten kamen einige Fragen, und als die Bildungsstadträte dann, die gar nicht so betroffen sind wie die Jugendämter, gemerkt haben: Oh, oh, da kommt aber Arbeit auf uns zu, als sozusagen die ersten Pakete verabredet worden sind, sind die nervös geworden und haben es im Bildungsausschuss noch mal beraten.

Das ist eine Riesenherausforderung, sozusagen zehn Arbeitspakete zu besetzen und da mitzuarbeiten, und wenn die tausend Mal nur relativ selten tagen sollen, das muss ja alles rückgekoppelt werden, ist das nebenbei nicht für jeden zu leisten, und für einen Bezirk, der 309 Stellen abbauen soll, noch einmal ganz besonders schwierig.

Mit anderen Worten: Grundsätzlich halte ich die Idee für gut, richtig und wichtig. Ich bin nicht für den kleinen Wurf, sondern, wenn man es versucht, soll man den großen Wurf machen. Bei den Unterlagen, die mir vorliegen, auch die Richtung, wohin es sich bewegt über diese Arbeitspakete, über die Erklärung der Bürgermeister, über die Beteiligten, finde ich das auch gut. Man sollte es sozusagen nicht kleiner versuchen, aber man muss den Beteiligten die Chance lassen, da mitzumachen, und da geht es mir etwas schnell. Vielleicht kommt im Ergebnis der Diskussion heraus, dass die Bezirke überhaupt gar nicht zwingend zwei neue Stellen brauchen, und den Bezirken zwei neue Stellen für irgendetwas zu geben, auch für eine gute Aufgabe, heißt nicht immer, dass sie sie so einsetzen. Ich rede deshalb nicht über das Ergebnis: Was brauchen wir, und was geben wir mit in ein möglichst gemeinsames Haus unter einem Dach? –, denn ich bin immer für den großen Wurf, jedenfalls im ersten Schritt muss man ihn versuchen. Meine Frage ist jetzt: In der Projektphase und für die Projektphase projektbezogen halte ich es für sinnvoll, dass die Bezirke eine Unterstützung bekommen, genau wie an anderen Stellen auch, damit wir mitmachen können, denn ohne die Bezirke geht es nicht, und alle zwölf Bezirke wollen.

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank, Herr Klemm! – Herr Nowack!

Stefan Nowack (Arbeit und Bildung e. V.): Ich habe es vorhin schon gesagt, eine bezirkseigene Zuständigkeit ist nach den gegenwärtigen Verhältnissen eigentlich nicht wünschenswert. Wenn jeder Bezirk vor sich alleine hinmuckelt, dann haben wir die Verhältnisse, die wir jetzt auch immer wieder in den Jobcentern abgebildet finden. Wir brauchen den Berliner Arbeitsmarkt, also im Prinzip ein anderer großer Wurf. Das heißt, natürlich zwölf Jugendberufsagenturen, die für den Bezirk zuständig sind, aber nicht alleine in bezirklicher Zuständigkeit liegen. Das ist ganz wichtig. Die müssen bezirksübergreifend arbeiten, so wie es Frau Schwarz vorhin auch beschrieben hat. Egal, wo ein Jugendlicher eine Jugendberufsagentur aufsucht, er wird angenommen und nicht weggeschickt, weil er nun gerade nicht in Treptow-Köpenick oder Friedrichshain-Kreuzberg wohnt, sondern gerade unterwegs ist.

Was die personellen Ausstattungen betrifft: Hamburger Vorbild. Jede Jugendberufsagentur hat 40 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Das wäre für Berlin ein Personalaufwand von 480 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bei zwölf Bezirken. Die Hamburger haben das bezirksübergreifend geregelt, weil sie übergreifende Strukturen haben sowohl im Jobcenterbereich als auch in den Bezirken. Die haben keine eigenen Bezirkszuständigkeiten. Die Hamburger konnten das aus dem Grund auch etwas besser organisieren.

Herr Özişik! Sie fragten mich nach der Altersgruppe für die Zuständigkeit. – Das Kinder- und Jugendhilfegesetz geht bis zum 27. Lebensjahr, aber es soll die Konzentration auf das 14. bis 25. Lebensjahr gelegt werden, wahrscheinlich sogar noch früher bis zum 21. Lebensjahr aufgrund des momentanen sehr späten Einstiegsalters in die Berufsausbildung. Da sollte das Zentrum sein. Die Schüler und Schülerinnen werden auch immer jünger. Jugendberufsagenturen, wenn man sich das mal so vorstellt, da sind 40 Kollegen und Kolleginnen, die dann gesammelt über diese Schulen – ich sage das mal mit diesem Wort – herfallen und dort zusam-

men mit den Lehr- und Fachkräften ein Konzept der Berufsorientierung schon ab Klasse 7 umsetzen. So müsste es eigentlich organisiert sein. Ich habe vor Kurzem über Kanäle einen Vorentwurf vom Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung bekommen. Im Übrigen vielleicht noch mal der Hinweis: Berufs- und Studienorientierung immer so ein bisschen auseinanderzuidividieren, ist schwierig, denn auch eine Studienorientierung ist eine Berufsorientierung. Das muss man deutlich so sagen, denn die Universitäten bilden für einen Beruf aus, nur, es ist eine Hochschulausbildung. Bei der Berufs- und Studienorientierung muss man noch mal eine terminologische Klarstellung kriegen. Auf Seite 34, 35 stand der Satz:

Jede Schule gibt sich ein eigenes Konzept der Berufsorientierung.

– Und da sage ich Ihnen, die Reaktion der Kollegen und Kolleginnen in den Schulen ist: Das haben wir schon. Das heißt, die brauchen eine Vorformulierung. Die brauchen Muster. Die brauchen Anleitungen. Die brauchen auch Vorbilder, wie denn eine gut strukturierte Berufsorientierung aufgebaut werden soll und wie das in Korrespondenz gebracht wird mit Betrieben in der Wirtschaft. Dann haben wir möglicherweise, wenn wir früh genug damit anfangen, auch Jugendliche, die dann schon vorinformiert und vorinteressiert in ein betriebliches Praktikum gehen. Das muss vor Ort von den Jugendberufsagenturen in den Schulen zusammen mit den dortigen Lehrkräften realisiert werden. Die kann man wirklich nicht alleine lassen. Die Schulen sind zum Teil überfordert und, was noch hinzukommt, sie stehen in keiner Korrespondenz zueinander. Eine Schule, die es gut macht, wird nicht etwa als Vorbild innerhalb eines Bezirkes für eine andere Schule genommen, die nicht so gut damit klarkommt, und dieses Problem könnten Jugendberufsagenturen knacken.

Schulabschluss und Berufsausbildung – ich sage es mal so: Das Berufsbildungsgesetz gibt eigentlich keine Vorgaben zum Schulabschluss und im Verhältnis zur Berufsausbildung. Das hat sich so entwickelt. Das hat sich so auch aus dem Mangel heraus entwickelt. Seit Anfang der Achtzigerjahre haben wir in Berlin ein großes Problem von Jugendarbeitslosigkeit. Das war im Übrigen auch der Grund, warum die Bundesagentur für Arbeit Ende der Siebzigerjahre verstärkt Berufsberater und Berufsberaterinnen gesucht hat. Das ist eine Sache, über die man mit den Betrieben auch noch mal im Einzelnen reden muss, ob sie da nicht in der Lage wären, von ihren doch sehr hohen Ansprüchen zum Teil herunterzugehen. Was natürlich mitgesichert werden muss, ist eine entsprechende Begleitstruktur für die Betriebe. Kleinbetriebe fühlen sich häufig – – Wir haben das lange Zeit gemacht. Wir haben Kleinbetriebe begleitet, Bildungsbegleitung in Kleinbetrieben betrieben, und dann geht das auch. Das heißt im Prinzip, Betriebe sollten auch die Möglichkeit haben, Beratungen für sich in Anspruch zu nehmen und zu sagen, wenn sie sich mit Jugendlichen beschäftigen, die tragischerweise – – Die Schulabschlüsse sind ja nun auf Berufsbildungsreife ausgerichtet, also sprich: erweiterte und einfache Berufsbildungsreife. Da heißt es ja schon, sie wären berufsbildungsreif. Das ist ein Problem im Verhältnis zum Mittleren Schulabschluss. Was ist das denn? Die Betriebe muss man ermutigen, sich diesen Jugendlichen auch wieder zu öffnen, also denen mit etwas geringeren Schulabschlüssen wie Hauptschulabschluss oder erweiterte Berufsbildungsreife, und da brauchen sie Begleitung. Das ist ganz wichtig.

Noch kurz zur Elternarbeit: Auch mit den Eltern muss ab Klasse 7 angefangen werden zu arbeiten, um sie auf das, was auf sie zukommt im Entwicklungsprozess ihrer Kinder vorzubereiten und hier auch zu begleiten.

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank, Herr Nowack! – Frau Schwarz!

Cornelia Schwarz (Bundesagentur für Arbeit): Ich versuche, alle Fragen, die gestellt wurden, zu beantworten. Ich hoffe, ich vergesse niemanden. Wenn ja, dann bitte noch mal melden und ein Signal geben. – Zu der ersten Frage von Frau Remlinger: Kooperationsvereinbarung klingt sehr statisch. Es muss ein Gremium geben, was im Grunde genommen Absprachen der Bündnispartner im weiteren Prozess trifft. Hierauf muss man einfach noch mal verweisen. Nachzulesen ist die Konzeptidee in dem Bericht der Landesarbeitsgruppe, in dem Abschlussbericht. Wir haben vor, im Regelbetrieb einen sogenannten Landesbeirat der Jugendberufsagentur Berlin auf der Landesebene einzurichten, indem alle unmittelbar beteiligten Bündnispartner auf der Landesebene, das heißt, die Senatsverwaltung, die Regionaldirektion, der UVB, die Kammern, im Grunde genommen die Wirtschafts- und Sozialpartner wie der DGB, Landesjugendhilfeausschuss beteiligt sind, um dann solche Steuerungsaspekte oder Ausbildungsmarktsituationen einzuschätzen und festzustellen: Wo muss man nachsteuern? Wie ist der Zusammenhang zwischen Schule und Wirtschaftsbereich? Muss man hier bestimmte Aspekte näher beleuchten oder anders gestalten? Dazu soll dieses Gremium dienen. Jetzt könnte man wieder fragen: Noch ein Gremium in Berlin? Wir haben doch schon ganz viele. – Es ist an der Stelle noch einmal zu betonen: Wir haben an keiner Stelle in Berlin ein Gremium, wo die unmittelbar beteiligten Bündnispartner, also die Bezirke, die BA, die Senatsverwaltung auf einer Augenhöhe zusammensitzen. Deshalb brauchen wir dieses neue Gremium eines Landesbeirats, weil – und das noch einmal anschließend an meinen Vorredner – wir nicht auf der bezirklichen kleinräumlichen Gliederung nur alleine agieren. Schule ist zentral gesteuert. Jugendhilfe ist fachlich zentral gesteuert – ressourcentechnisch bezirklich. Und da brauchen wir eine Ebene und ein Gremium, wo diese Bündnispartner beteiligt sind.

Die Landeskooperationsvereinbarung ist auch notwendig, weil wir keine rechtliche Grundlage für dieses Arbeitsbündnis haben. Jeder bleibt mit seiner rechtlichen Grundlage, also SGB III, SGB II, SGB VIII, Schule mit dem Schulgesetz in diesem Bündnis vertreten. Wir reden hier nicht über das SGB II, wo es für die GEs dann Regelungen gab, sondern dieses Bündnis beruht dann auf dieser Zusammenarbeit. Es beruht auf der Landeskooperationsvereinbarung und eben dann auf den regionalen Kooperationsvereinbarungen.

Ich würde gleich an der Stelle auf die Frage der Linken eingehen, welche Piloteinrichtungen es geben soll. – Es soll keine Piloten geben. Deshalb unterschreiben jetzt auch zwölf Bezirksbürgermeister und nicht nur vier, weil wir damit gar nicht erst signalisieren wollten, dass es hier vielleicht Piloten geben könnte. Wir wissen, dass die Bezirke sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Das ist einmal die Ressourcenfrage personell und Sachmittel, es ist aber auch eine Frage von Liegenschaften. Ich komme nachher noch einmal zu dem Thema, wie wir uns das vorstellen. In dem Moment ist es eine Frage, dass wir wissen, die Bezirke sind da unterschiedlich aufgestellt von den Möglichkeiten her, und wir wissen, dass einzelne Bezirke mit der Anlaufstelle eher starten werden als andere. Das ist aber aus meiner Sicht unproblematisch, weil mit der Landeskooperationsvereinbarung festgelegt ist, welche landesweiten Standards wir setzen wollen, und dann ist das quasi Sache der Bezirke, mit den regionalen Partnern dort festzulegen: Wie können wir starten? Wie schnell können wir sein? Wie viel Zeit brauchen wir?

Zu der Frage, was auf regionaler Ebene passiert: Es soll dann auf der regionalen Ebene sogenannte Koordinierungsausschüsse geben, wo die unmittelbar Beteiligten wie die Agenturen, die Jugendämter vor Ort und die Jobcenter miteinander reden, um dort letztendlich die regionalen Dinge zu besprechen. Dazu gehört: Wie binde ich Netzwerkpartner ein? Wie binde ich die freien Träger der Jugendhilfe vor Ort mit ein? Wie mache ich das am besten? Da muss man genau gucken: Was läuft vor Ort? Wo sind gute Ansätze? Wo ist manches, was nicht gut läuft, und wie geht man damit um?

Die Frage der Berufsberatung verknüpfe ich mit der Frage aus der SPD-Fraktion. Die Berufsberatung ist gesetzliche Aufgabe des SGB III, also der Arbeitsagenturen. Das heißt, wenn Sie fragen, ob die Jobcenter mit Berufsberatern ausgestattet sind, ist die Antwort: Nein, sie sind es nicht, weil sie auch nicht diese Aufgabe haben, wenn ich jetzt über Berufsberatung im klassischen Sinne dessen, was im SGB III definiert ist, rede. Natürlich gibt es Verknüpfungen, denn wir haben mehr Jugendliche in den Klassen sitzen, die im SGB II, in der Bedarfsgemeinschaft, sind als welche, die im SGB III sind. Aber es war ja damals auch dem Gesetzgeber wichtig, dass er gesagt hat: Der Berufsberater, der vor der Klasse steht, unterscheidet nicht. Erst nachher gibt es eine Trennung bei der Ausbildungsvermittlung. Aber auch da ist es in Berlin so, dass wir sagen: Alle Schulentlassenen eines Schulabgangsjahres werden von der Berufsberatung vermittelt. Auch da gibt es keine Abgrenzung zwischen den Jugendlichen.

Hier komme ich auch gleich zur Frage mit der Beratungsverfolgung. Mal ein Beispiel aus Hamburg: Dort gibt es ja auch Jugendliche, die, wenn man sie in der 10. Klasse gefragt hat: „Hast du eine Anschlussperspektive?“ – geantwortet haben: „Nein!“ – „Warst du schon mal bei der Berufsberatung?“ – „Nein!“ – „Möchtest du gern hingehen?“ – „Ja!“ – Das wurde dann auch von den Eltern unterzeichnet, in 95 Prozent der Fälle, wo das vorher nicht so war. Deshalb gehen wir davon aus, dass sich einige auch wünschen, dass ihre Jugendlichen, ihre Söhne und Töchter, verfolgt werden in der Beratung. Damit meine ich im Grunde genommen das, was wir auch anstreben. Wir sehen, dass vieles, was nicht gut läuft, auch deshalb nicht gut läuft, weil Jugendliche z. B. wegen dieser unterschiedlichen Strukturen und dieser Schwierigkeiten, den richtigen Ansprechpartner zu finden, häufig nicht auf den richtigen treffen. Das ist auch der Grund, warum wir gesagt haben, wir würden diese Ressourcen gern unter einem Dach bündeln. Dann kann man einfach und schnell auch mal den Jugendlichen an die Hand nehmen und mit ihm zu dem richtigen Ansprechpartner gehen. Wenn Sie dem Jugendlichen nur sagen: Du gehst drei Ecken weiter –, kommt er an der zweiten Ecke nicht mehr vorbei und landet nicht, oder wenn er ankommt, weiß er nicht mehr, was er fragen sollte. Deshalb war ja auch die Idee, unter ein Dach zusammenzuziehen.

Was die Datenaufnahme und den Datenschutz angeht, hat Herr Rackles schon gesagt: Wir haben ein Extra-Arbeitspaket dafür. Die Datenschutzbeauftragten werden eingeschaltet. Wir überlegen jetzt sogar, ob wir noch den Bundesdatenschutzbeauftragten mit einschalten, damit auch da möglichst keine Dinge festgelegt werden, die gegen den Datenschutz verstoßen würden. Das ist uns auch sehr wichtig. Wir gehen davon aus, dass wir bei den Räumlichkeiten sowohl wohnortnah als auch jugendgerecht sein wollen. Das ist genau der Punkt, den ich vorhin erwähnt habe. Die Bezirke sind sehr unterschiedlich aufgestellt in der Frage: Kann man im Jobcenter diese Anlaufstelle einrichten? Kann man sie in einer Liegenschaft des Bezirks einrichten? Bleibt man in der Agentur, im Agenturgebäude, wenn das zufällig passt? Wir sind ja quasi nur mit drei Hauptagenturen in der Stadt vertreten. Das muss man sehen, aber es soll diese beiden Grundsätze, wohnortnah und jugendgerecht, berücksichtigen. Das heißt, wir ge-

hen davon aus, dass es bis zu zwölf regionale Anlaufstellen geben wird. Es ist aber durchaus möglich, dass Bezirke sich auch zusammenschließen und sagen: Wir gründen eine gemeinsam. – Das ist eben dann Sache der regionalen Kooperationspartner. Das lässt die Landeskooperationsvereinbarung nach der jetzigen Idee zu.

Was kann man von Hamburg lernen? – war auch eine Frage. Ich hatte es vorhin schon erwähnt: Die Einbindung der Schule ist auf jeden Fall etwas, was wir auch in unserer Idee aufgenommen haben. Ansonsten ist es schwierig, wie Herr Nowack auch schon gesagt hat. Wir haben hier nicht wie in Hamburg die Situation: Eine Agentur, ein Jobcenter und die Verknüpfung, im Grunde ist regionale Ebene gleich Landesebene, sondern wir haben unterschiedliche Strukturen, sodass wir an der Stelle nicht viel Honig saugen können aus Hamburg, aber etwas, und das haben wir in dieser Idee schon aufgenommen.

Zu der Frage: Was können Jugendliche ohne Schulabschluss erreichen? Wie können sie einsteigen? – Erstens gibt es immer die Möglichkeit, den nachzuholen. Dazu gibt es berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit Hauptschulabschluss. Zweitens ist es nicht unbedingt erforderlich, einen Schulabschluss zu haben, um eine Berufsausbildung zu beginnen. Wenn Jugendliche den Schulabschluss nicht geschafft haben, weil sie z. B. Benachteiligungen im Sinne des SGB III oder SGB II aufweisen, dann können wir auch mit einer Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen wirksam werden und den Jugendlichen zum Berufsabschluss führen. Dazu müssen aber besondere Voraussetzungen beim Jugendlichen vorliegen. Das ist natürlich etwas, was wir dann auch in der Frage: Wer bringt welche Ressource, wer bringt welches Angebot ein, z. B. in den regionalen Koordinierungsausschüssen? – abstimmen müssen, damit es keine Doppelförderungen und Doppelstrukturen gibt, sondern gezielt eingesetzt wird und Ressourcen auch nicht verbrannt werden.

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank, Frau Schwarz! – Jetzt hat das Wort Herr Dr. Pahl.

Dr. Thilo Pahl (IHK Berlin): Vielen Dank! – Ich würde die Fragen von Frau Möller und Herrn Özişik zusammenfassen, wobei ich speziell an Herrn Özişik gerichtet sagen will: Die IHK macht natürlich noch viel mehr als Kuchen zu reichen. Da würde ich gern einen kurzen Einblick ermöglichen. Eines der wichtigsten Projekte, die wir haben, ist, Schulpartnerschaften zwischen Schulen und Betrieben zu organisieren. Rund 400 haben wir schon, das Jubiläum haben wir dieses Jahr gefeiert. Wir können sagen, dass jede ISS in Berlin einen Partner aus der Wirtschaft über uns vermittelt bekommen hat. Bei den Gymnasien allerdings sind wir noch nicht so gut. Da läuft es ein bisschen zögerlicher, da könnten wir sicherlich noch besser werden, und das wäre auch ein Hauptort, wo wir die Berufs- und Studienorientierung noch verbessern sollten.

Was machen wir noch? – Die Tage der Berufsausbildung waren vor zwei Wochen in Berlin. 15 000 Jugendliche haben wir erreicht, die dort 200 Aussteller besuchen konnten. Viele Gespräche wurden dort geführt. Ich bin mir sicher, dass im Nachgang daraus auch viele Verträge hervorgegangen sind. Eine Studienaussteigermesse haben wir vor Kurzem organisiert, wo wir Studienaussteiger angesprochen haben. Es ist ganz schwierig, an diese Klientel heranzukommen. Wenn wir eine Liste von den 5 000 Studienaussteigern in Berlin hätten, wären wir sicherlich auch da in der Vermittlung noch besser und effizienter. Aber da kommen wir leider über die Unis nicht heran.

Dann ist eine wichtige Aktion, die wir immer im Herbst machen, unsere Nachvermittlungsbörse, unsere Last-Minute-Börse. Damit kommen wir jetzt auch zu dem Hauptpunkt, wo die Angebote der Wirtschaft anzusiedeln sind. Es ist mir klar, dass Sie den Blick auf die Wirtschaft richten und wollen, dass ausreichend Angebote vorgehalten werden, aber aktuell haben wir noch die Situation: Wir haben mit Blick auf die, die ausbildungswillig und -fähig sind, ein ausreichendes Angebot. Wir laden 3 800 Jugendliche zusammen mit der RD und der Handwerkskammer ein, und rund 700 kommen nur. Das ist eine Quote von 18 Prozent. Für die 700 hatten wir 2 300 Vermittlungsangebote. Wo ist der Beitrag der Wirtschaft, wenn wir jetzt diese Strukturen schaffen mit der Jugendberufsagentur und die Jugendlichen besser und gezielter erreichen? – Angebot und Nachfrage müssen Hand in Hand gehen. Wenn Sie über zwei, drei Jahre hinweg die Unternehmen immer anschreiben – wir schreiben 8 000 Betriebe für diese Last-Minute-Börse an und werben zusätzliche Ausbildungsplätze ein, wir kriegen auch jedes Jahr noch mehrere Hundert zusätzliche Ausbildungsplätze – und mehr als die Hälfte der Unternehmen sagt, dass sie danach nicht eine einzige Bewerbung bekommen haben, dann haben wir einfach ein Problem. Wir erhoffen uns, dass durch diese Jugendberufsagentur die Jugendlichen besser erreicht und auch stärker an die Hand genommen werden, dass sie solche Vermittlungsangebote auch annehmen und dass es uns dann auch leichter fällt, bei den Betrieben zusätzliche Plätze einzuwerben.

Dann zu der Frage: Was können wir von Hamburg lernen? – Vielleicht zwei Punkte, die noch nicht genannt worden sind: In Hamburg weiß man ganz genau, wo die Jugendlichen bleiben nach der 10. Klasse. Das ist ein Riesenvorteil für eine zielgerichtete Politik. Sie haben dort eine elfjährige Berufsschulpflicht, und alle Jugendlichen bleiben im Vermittlungssystem drin und werden von der Jugendberufsagentur auch mit Vermittlungsangeboten erreicht. Das ist in Berlin anders. Zweitens: Daraus erwächst auch, dass Sie in Hamburg für jede Schule wissen, wie gut der Übergang von der Schule in Ausbildung gelingt. Auch diese Zahlen kennen wir in Berlin nicht. Das wäre auch Grundlage für eine rationale, zielgerichtete Politik. Von daher kann man aus Hamburg bei allen Unterschiedlichkeiten doch einiges mitnehmen. Die Frage nach den Jugendlichen ohne Schulabschluss hat Herr Nowak auch in meinem Sinne schon beantwortet: Einstieg ist jederzeit möglich, auch ohne Schulabschluss. Aber machen wir uns nichts vor! Für die vielen kleinen Betriebe in Berlin ist das schwierig. Wir hatten ein tolles Pilotprojekt in Berlin, betriebliche Ausbildungsassistenz. Das wäre so ein Programm, das man weiter ausbauen und verstetigen sollte im Angebot.

Frau Remlinger, Sie hatten gefragt: Wie sähe eine solche Garantie aus? – Aktuell bieten wir schon eine Garantie – in Anführungsstrichen – an: Jeder, der kann und will, bekommt von uns ein Ausbildungsplatzangebot, und zwar über unsere Last-Minute-Börse. Das realisieren wir schon. Wenn wir an die breitere Gruppe denken, die in Berlin in vielen schulischen oder anderen Vorbereitungsmaßnahmen landet, dann brauchen wir für sie eben die Reformen der Jugendberufsagentur, des Übergangssystems, der OSZ und des Landeskonzepts Studien- und Berufsorientierung. Dann kommen wir auch an die anderen Jugendlichen heran. Dann kann man sich über flankierende Maßnahmen für die Jugendlichen unterhalten, die vielleicht noch nicht direkt die Berufs- bzw. Ausbildungsreife mitbringen, aber dann könnte man eine solche Ausbildungsgarantie in irgendeiner Form weiter ausdehnen.

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank, Herr Dr. Pahl! – Als Letzter Herr Rahmig, bitte!

Ronald Rahmig (Vereinigung der Leitungen der Berufsbildenden Schulen in Berlin): Ich will versuchen, die verschiedenen Fragen zu beantworten, biete aber an der Stelle gleich an, auch im Nachgang zu dieser Sitzung des Ausschusses mit Beteiligten im Gespräch zu bleiben, wenn Fragen übriggeblieben sind.

Sofort zur Frage nach den Ausbildungsplätzen – das hatte ich vorhin schon mal angedacht –: Diese Berufswahlfreiheit der Jugendlichen halten wir nach wie vor sehr hoch. Ausbildungsplatz ist nicht gleich Ausbildungsplatz. Wir wissen, dass, wenn wir Jugendliche losschicken und sagen: Kümmert euch mal drum! Was ist da? – und die begleiten und dahin kommen, mitunter auch Ausbildungsplätze angeboten werden, bei denen sofort ersichtlich ist, warum die keiner haben will. Das müssen wir auch mal akzeptieren. Es reicht jetzt nicht, ein numerisches Spiel zu machen und zu sagen: Wir haben 800 Unversorgte, und wir haben noch 3 000 Ausbildungsplätze. Das muss aufgehen. – Es gibt offensichtlich anscheinend Ausbildungsplätze, die keiner haben will, und dafür gibt es Gründe. – Das nur ganz nebenbei. Es geht darum, den Jugendlichen die Wahlfreiheit zu lassen, die sagen: Ich möchte aber nicht irgendeinen Ausbildungsplatz, sondern gern einen besonderen. – Dann muss man sie beraten: Kannst du das? – Das ist in der Tat noch ein Kriterium. Aber dann sollte der auch zur Verfügung stehen.

Zur Rolle der Jugendberufsagentur, zu Ausbildungs- und Praktikumsplätzen. Herr Özişik hat vorhin gefragt: Was macht ihr eigentlich den ganzen Tag? – So habe ich das – jetzt mal polemisch – verstanden. Wir machen all das, was uns als Aufgabe zugeschrieben ist, all das, was wir können mit den Ressourcen, die wir haben. Sobald eine Aufgabenbeschreibung für ein Oberstufenzentrum kommt und gesagt wird, das ist eure Aufgabe, und wir feststellen, ja, wir haben die Ressourcen, können wir fast alles machen. Darauf bin ich auch sehr stolz. Ich denke, das haben wir auch in der Vergangenheit bewiesen, übrigens mitunter sogar ohne dass uns die Aufgaben zugeschrieben wurden, weil wir einfach die Verantwortung gespürt haben, ohne direkt zuständig zu sein. Noch ganz kurz zu der Bemerkung der Zuständigkeit vorhin: Ich halte sehr viel mehr von Verantwortung an der Stelle. Das haben wir gezeigt, und wir sind auch bereit, uns den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Da müsste eine klare Aufgabenbeschreibung kommen, dann werden wir das auch machen, so wie wir das in der Vergangenheit ja auch meistens geschafft haben.

Ganz kleine Bemerkung: Man kann nach meinem Kenntnisstand tatsächlich für praktisch jeden Beruf auch ohne Schulabschluss eine Ausbildung aufnehmen. Interessant ist dabei, dass mitunter der Schulabschluss nachgereicht wird, wenn die Ausbildung erfolgreich absolviert wurde. Das wissen die meisten übrigens auch nicht, wenn es um das Rennen um den MSA geht. Wer mit einer erweiterten Berufsbildungsreife die Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker erfolgreich absolviert, hat die Anerkennung des MSA. Die direkte Formulierung mögen vielleicht die Verwaltungsfachleute noch mal beisteuern.

Zum Thema Daten: Da haben wir möglicherweise an der einen oder anderen Stelle eine ein klein wenig andere Sicht der Dinge. Ich denke, dass sichergestellt werden muss, dass all die Daten weitergegeben werden können, die nötig sind, um die Jugendlichen in ihrer Lebensperspektive zu unterstützen. Im Augenblick sind wir z. B. intensiv bei der Datenbeschaffung und stecken viele Ressourcen hinein. Also wenn wir Jugendliche aufnehmen – das sind die im Übergangssystem –, dann fangen wir praktisch bei null an. Wir könnten uns natürlich die Akten von den abgebenden Schulen kommen lassen, aber Sie können sich vorstellen – wir haben

ungefähr 500 bis 600 Bewerber jedes Jahr für 250 Stellen –, das ist sehr aufwendig. Es wäre sehr viel einfacher, wenn ein erheblicher Teil dieser Daten, die ja schon existieren, die erhoben worden sind, einfach abgerufen werden könnte. Es geht nicht darum, jemanden vorzuerurteilen oder zu diskreditieren oder irgendwelche Negativentwicklungen fortzuschreiben, sondern das sind Daten, die uns dabei helfen, die Jugendlichen zu fördern und weiterzubringen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass uns das ein bisschen schwergemacht wird.

Wir haben das Problem, dass wir bei dem Übergangssystem noch mal einen Systemwechsel haben. Bei den allgemeinbildenden Schulen sind die Strukturen bezirklich orientiert, in der beruflichen Bildung haben wir eine Aufstellung nach Berufsfeldern. Das heißt aber, dass da ein Wechsel von bezirklicher Orientierung hin zu einer berlinweiten Orientierung stattfindet. Das ist bei den Strukturen schon eine besondere Herausforderung. Das muss man berücksichtigen, und das muss auch die Jugendberufsagentur im Zweifelsfall leisten.

Die Rolle, die wir bis jetzt haben und, glaube ich, auch gut ausfüllen können und weiter fortsetzen wollen, ist, dass wir den Jugendlichen einen authentischen Einblick in die Anforderungen einer Ausbildung und einer Beruflichkeit liefern – das können die allgemeinbildenden Schulen oft nicht –, weil wir die Ausstattung dafür und die Nähe zu den Betrieben haben. Wir können einen Blick in die Beruflichkeit eröffnen, z. B. durch Praktika, und vor allen Dingen sind wir in der Lage, die Bedeutung von praktischen Kompetenzen bei Jugendlichen noch mal anders hervorzuheben. Wir haben ganz häufig Jugendliche, die aus der allgemeinbildenden Schule kommen und offensichtlich eher theoriedistanziert sind und heilfroh sind, wenn sie feststellen, dass eine Praxisaffinität, praktische Kompetenzen auch etwas wert sind, gerade im Bereich einer Ausbildung. Diese Erfahrung sollten einerseits Betriebe in den Praktika vermitteln, andererseits können wir das fortschreiben und in die Ausbildungsvorbereitung und dann in den Übergang in die Ausbildung einmünden lassen.

Womit wir uns sehr schwer tun, ist z. B. die Akquise von Praktikumsplätzen. Auch da kann ich mir vorstellen, dass eine Jugendberufsagentur berlinweit eine enorme Entlastung wäre. Mir graust es bei der Vorstellung, dass 128 ISS unterwegs sind, um Praktikumsplätze zu akquirieren. Die haben alle das gleiche Ziel, das gleiche Problem. Ich könnte mir vorstellen, dass da eine Zentralisierung und ein zentrales Angebot für viele eine enorme Erleichterung wäre und vor allen Dingen in den Schulen Ressourcen freisetzen würde für die direkte Beschäftigung mit dem Schüler und nicht das Abtelefonieren von Praktikumsbetrieben oder Ähnliches. Das gilt übrigens auch für die Vermittlung in Ausbildung. Wir stecken sehr viel Energie rein, Betriebe zu finden, die unsere vorqualifizierten Jugendlichen hinterher abnehmen, indem sie Ausbildungsplätze anbieten. Das ist ein Bereich, wo ich weiß, dass da noch ein erhebliches Optimierungspotenzial besteht, und wo ich glaube, dass eine Jugendberufsagentur mit dem zentralen Überblick hilfreich wäre. Trotzdem scheint es mir wichtig sicherzustellen, dass die Berufsorientierung in der Sekundarstufe I nicht als Aufgabe der Agentur verstanden und somit outgesourct wird. Nach wie vor muss der Anknüpfungspunkt die Schule sein. Meiner Ansicht nach ist die Federführung für die Jugendberufsagentur in der Senatsbildungsverwaltung, also in meiner Verwaltung, gut angesiedelt, weil nach wie vor die Schule nach meiner Kenntnis der einzige Ort ist, wo fast alle da sind und noch ansprechbar sind, vielleicht nicht mehr so ganz in der 9. Klasse, meistens aber noch in der 7. Da haben wir sie wenigstens alle, da kommt man an sie heran, und da sind es in erster Linie die Lehrkräfte, die dicht am Schüler, an den Menschen sind, und die brauchen die Unterstützung. Dann kann der

Stab an externe Berater übergeben werden, die das fortführen und über die 10. Klasse hinaus-tragen. Im Augenblick ist ja das Problem, dass es da oft endet.

Zusammenfassend scheint ein Punkt, der noch nicht so ganz geklärt ist oder wo ich noch so meine Sorgen habe, zu sein: Was ist uns als Land Berlin dieses Projekt wert? Wie viel Res-sourcen dürfen da reingehen, und woher sollen sie kommen? Das war auch die Frage der Ver-teilung in die Bezirke. Ich habe vorhin mal so locker gesagt: Na ja, das muss ressourcenhin-terlegt sein. Unsere Erfahrung als Schulleitung mit Projekten – so wie sie denn gesammelt haben – ist schon so, dass ganz klar sein muss: Wenn da eine solche Form von Veränderung kommt und es Verbesserungen geben soll, dann geht das nicht zum Nulltarif, sondern dann müssen Ressourcen dafür bereitgestellt werden, Stellen im Allgemeinen, aber auch sonstige Gelder, und dann kann man immer noch gucken: Wo zieht man sie ab, wem nimmt man sie weg? Das ist klar. Wir wissen alle, dass das Geld nicht auf dem Baum wächst. Aber es muss ein klares politisches Bekenntnis dazu da sein: Das ist uns etwas wert. Es ist auch leichter, die Mitstreiter zu gewinnen, wenn die sehen: Aha, wenn es denen etwas wert ist, dann lohnt es sich vielleicht, da auch einzusteigen und Initiative zu zeigen. – Ich denke, dass die berufsbil-denden Schulen an der Stelle auch dabei sind.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Rahmig! – Damit sind wir zum Ende der Anhö-rung gekommen. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Zeit, die Sie uns zur Verfügung ge-stellt haben. – [Beifall] – Wir werden sämtliche Tagesordnungspunkte in dem Zusammenhang vertagen und die Diskussion dann wieder aufnehmen, wenn uns das Wortprotokoll vorliegt. Wenn noch Fragen im Nachhinein kommen sollten, gehe ich davon aus, dass Sie jederzeit in Anspruch genommen werden können und wir von Ihnen auch weiterhin Unterstützung und Begleitung bekommen. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg!

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Positionierung zum Schreiben des
Landesjugendhilfeausschusses vom 11.04.2014
bezüglich seines am 27.11.2013 gefassten Beschlusses
zur Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0217](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Zur Beendigung der Arbeitszeitkonten
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0227](#)
BildJugFam

- b) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/1704
**Keine verdeckte Arbeitszeiterhöhung für
Lehrkräfte!** [0233](#)
BildJugFam
Haupt
- c) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1601
**Faire Arbeitsbedingungen für tarifbeschäftigte
Lehrkräfte in Berlin** [0210](#)
BildJugFam
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Piratenfraktion [0234](#)
Drucksache 17/1705
Homer soll bleiben
BildJugFam
- b) Eingabe von Frau P. [0229](#)
**Erhalt des Standorts der Staatlichen Europaschule
mit der Sprachkombination Deutsch-Griechisch in
der Homer-Grundschule**
Pet.-Nr. 3945/17
Der Petitionsausschuss bittet um Stellungnahme
– nichtöffentlich –
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion Die Linke [0232](#)
Drucksache 17/1703
**Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen
fördern – ohne Wenn und Aber**
BildJugFam
Haupt

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.